

Wirtschaft

Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M., Einzelnummer 20 Pf., und 5 Pf. Postgebühren.
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4gepaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 8.

Berlin, 23. Februar 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: 2. 86: Die polnische Landwirtschaft. / 2. 88: Major Cieslowski's Plan einer Zentralisierung Oberlebens. / 2. 87: Neue Nationalitätenkämpfe in Polen? / 2. 89: Die deutsche Wirtschaft. — Zerbollensleben. / 2. 90: Die polnische Regierung und die Juden. — Der kleine Grenzverkehr. — Zur vom 1. März an. / 2. 91: Ostland-Beitrag. / 2. 92: Der polnische Handel in Polen. / 2. 93: Die guttverpöhligen Örtliche. — Grenzmarkt Polen-Deutschland im Ostlande. / 2. 94: Rätsel des deutschen Ostens.

Die polnische Landwirtschaft.

Ergo starker Industrialisierung einzelner Vöndestteile ist das heutige Polen, im ganzen gesehen, ein Staat mit ausgeprägten agrarwirtschaftlichen Struktur, in dem über 60 % der volkswirtschaftlichen Gesamtproduktion aus der Landwirtschaft stammen und etwa 70 % d. H. der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben. Es ist ein Staat, in welchem Gebiete wie das südwestpolnische Grabenrevier oder der Podliser Textilrayon mit ihrem gehalten Reichtum an Industrien geradezu ein wirtschaftliches Fremdkörper wirken, wenn man das Milieuverhältnis beachtet, das zwischen der Produktionstätigkeit dieser Industriegebiete und der auf dem Agrarwirtschaftsgebiet des polnischen Binnenmarktes besteht. Weder die olchberühmte Schmelzindustrie noch die kongresspolnische Textilindustrie ist für einen Staat, wie er in Verfall unter dem Namen „Polen“ auf der Karte gezeichnet wurde, aufgebaut worden. Und es ist der polnischen Wirtschaftspolitik bis heute noch nicht gelungen, die industriellen Reichtümer, die auf die Verhältnisse und Bedürfnisse weit größerer Staaten zugeschnitten waren, zu der agrarischen Grundlage des polnischen Staatsgebietes in ein einigermaßen ausgeglichenes Verhältnis zu bringen. Im Gegenteil: die polnische Wirtschaftspolitik ließ sich durch den Besitz ihrer Industrien nicht verleiten, aus einem Lande, das doch nach Volkswirtschaft und Wirtschaftsgestaltung einen vorwiegend agrarischen Charakter trägt, ein industrielles Exportland zu machen.

Die Folgen eines solchen Versuches liegen heute deutlich zutage: Die polnische Landwirtschaft ist in eine katastrophale Lage geraten. Von einer Rentabilität ist bei den meisten landwirtschaftlichen Betrieben aller Größenklassen schon seit langem nicht mehr die Rede. Klein-, Mittel- und Großbetriebe sind, im ganzen gesehen, nahezu hoffnungslos überfordert. Der Wert der landwirtschaftlichen Anwesen ist derart gesunken, daß bei Zwangsversteigerungen der Erlös jeweils kaum dazu ausreicht, um die rückständigen Zinsen, Steuern und Abgaben zu decken. Es gibt heute in Polen Gebiete, wie z. B. Polesien, wo nach einer Äußerung von hochwürdiger polnischer Seite „das bebaut Land nur noch den Wert von unberührten Kolonisationsgebieten in den Hochgebirgen Brasiliens“ hat. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind vielfach unter die Selbstkosten der Erzeuger gesunken. Sie liegen nunmehr um mehr als 50 % unter den entsprechenden Preisen im Durchschnitt. Eine Folge dieses allgemeinen agrarischen Preiszerfalls, um den der Rückgang der überhöhten Preise für Industrieerzeugnisse nicht Schritt zu halten vermochte, hat in einer süßbaren Einschränkung der landwirtschaftlichen Erzeugung geführt: Die Unrentabilität der Bodenbearbeitung ist gesunken, was aus dem verringerten Verbrauch von künstlichen Düngemitteln und aus dem abklingenden Faktorentwertungsverhältnis, und der Umform der bebauten Fläche hat sich trotz der Agrarreformen in den letzten Jahren um einige 100.000 Hektar verringert. Der Viehbestand hat sich von 1929 bis 1931 um 35 % d. H. der Schweinebestand in derselben Zeit sogar um 185 % d. H. verringert. Die Kaufkraft des polnischen Volkes ist derart mangelhaft gesunken, daß — namentlich in den östlichen Vöndestteilen — Öcker, Petroleum und andere Dinge des täglichen Bedarfs vielfach zu einem unerschwinglichen Luxus geworden sind, und daß — auch in den weitaus vorerwähnten Gebieten — um eine Ergänzung oder Ersatznahme der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte kaum noch gedacht werden kann. Unter dem zunehmenden Anfall der bäuerlichen Kaufkraft hat naturgemäß auch die Industrie, die durch die

polnische Wirtschaftspolitik doch besonders gefördert werden sollte, empfindlich gelitten. Die industriellen Absatzmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt haben sich in betragsmäßiger Weise verringert. Anstatt doch auf den überhöhten Preisen die überflüssigen Arbeitskräfte in die Städte abziehen, können die beschäftigungslos gewordenen Industriearbeiter, die in den Städten eine unrentierliche oder gar keine Unterbringung erhalten, in die Dörfer zurück, wo sie das betreffende Land nur noch vergröbern.

Die polnische Regierung verliert schon seit längerer Zeit, diesen verhängnisvollen landwirtschaftlichen Zusammenbruch zu steuern. Sie hat die Landwirtschaft durch Einfuhrzölle und -verbote geschützt, ihr verbilligte Kredite gewährt, durch ihre staatlichen Getreidekontrollen Stützkäufe getätigt, kurzfristige Agrarkredite in langfristige Schulden verwandelt, die Zahlung der Steuerrückstände auf zehn Jahre verteilt und so fort. Aber einen sichtbaren Erfolg haben alle diese von Zeit zu Zeit getroffenen Maßnahmen doch nicht gehabt. An eine Geländung der polnischen Volkswirtschaft ist nicht zu denken, solange die Kaufkraft der in der Gesamtbevölkerung Polens ausmachenden landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht einigermaßen wiederhergestellt ist. Die polnische Regierung scheint nunmehr entschlossen zu sein, den Wiederaufbau der Volkswirtschaft ihres Staates von der agrarischen Seite her in Angriff zu nehmen. An einem „Gesamtentwurf über den Absatz landwirtschaftlicher Produkte“ hat sie die Grundzüge einer völligen Neuordnung der landwirtschaftlichen Marktverhältnisse niedergelegt. Nach diesem Gesamtentwurf wird der Ministerrat ermächtigt, Zwangsverbände der landwirtschaftlichen Erzeuger, Bearbeiter und Händler ins Leben zu rufen. Gegenüber der Regierung können alle Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft, des Gartenbaus, der Viehzucht und der Fiselerei, sowie alle Nebensmitteln und Getreiden ins Leben zu rufen. Die Verbände können einzelne landwirtschaftliche Erzeugnisse oder Gruppen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen herabstellen werden. Die Verbände können einzelne landwirtschaftliche Erzeugnisse oder Gruppen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen ins Leben zu rufen. Die Aufgabe der Verbände ist es, die Erzeugung und den Absatz der landwirtschaftlichen Produkte so zu regeln, daß der Kaufkraft der Verbraucher angemessene und für den Hersteller lohnendere Preise erzielt werden, wobei wohl auch daran gedacht ist, die bisher unrentierlich hohen Geminde, die in den Erzeugern der meist jährlich zwischenhandelt verschwinden, zum Vorteil sowohl der Produzenten wie der Verbraucher auf ein erträgliches Maß zu verringern.

Dieser Entwurf in einem polnischen Nährstandes, der bedeutungsvolle Anklänge an englische und französische Vorbilder erkennen läßt, bedeutet eine scharfe Abgabe an die liberalistischen Wirtschaftsmethoden. Er sieht eine alle agrarischen Produktionsgewinne erlösende Planwirtschaft vor, bei der die Staatsgewalt neben als allein bestimmender Faktor für alle die verschiedenen Wirtschaftsfunktionen einsteigt, die bisher vom freien Willen der wirtschaftlichen Einzelpersonen abhängen. Das Ziel, das auf diese Weise angestrebt wird, ist die Steigerung der Werte für landwirtschaftliche Produkte. Sie überläßt wieder als eine Voraussetzung für die Rentabilität der polnischen Landwirtschaft mit. Es ist verhandlich, daß sich auf Seiten der städtischen und industriellen

Verbraucher der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Widerstände gegen solche preissteigernde Kartierung der Agrarprodukte ableiten. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Steigerung der landwirtschaftlichen Preise notwendigerweise auch eine Erhöhung der industriellen Produktionskosten und damit eine Preissteigerung für industrielle Produkte heranzuziehen müßte, was geeignet wäre, den erhofften Nutzen der ganzen Maßnahme für die Landwirtschaft illusorisch zu machen. Die polnische Regierung lehnt allerdings auf dem Standpunkt zu stehen, daß sie gegebenenfalls stark genug ist, eine mißbräuhliche industrielle Preissteigerung mit den Mitteln ihrer staatlichen Gewalt zu verhindern, und sie meint, daß es erwerbslose Vermehrung des industriellen Abfalges im Gefolge eines Anstehens der landwirtschaftlichen Kraft) wohl schon an sich aus dem beitragen wird, daß sich das industrielle Preisniveau nicht übermäßig erhöht. Hierbei kann sich die polnische Regierung zum Ziel auf die Erhebungen, die in anderen Ländern mit ähnlichen Maßnahmen gemacht wurden, berufen. Verantwortlicher als der von der Verbraucherseite kommende Widerstand gegen das Vordringen ist die Kritik, die an dem Selbstentwurf der Regierung von der Landwirtschaft selber geübt wird. Von dieser Seite wird die Durchführbarkeit einer Kartierung von Erzeugnissen der landwirtschaftlichen Erwerbslosen bestritten. Denn die Tatsache, daß die Landwirtschaft in zahllose Betriebe verschiedenster Größenklassen zerfällt, die unter den verschiedenartigsten technischen und natürlichen Produktionsbedingungen leben, macht — so wird gesagt — jede kartellähnliche Zusammenfassung von vornherein zu einem demurrierenden und unheimlichen Experiment.

Wie dem auch sei: Daß überhaupt ein solcher Plan in Erwägung gezogen wird, zeigt, daß die polnische Regierung sich entschlossen ist, in ihren Wirtschaftspolitik neue Wege zu gehen; sie kehrt der Erkenntnis, über die sie sich allzu lange hinweggesetzt hat, zurück, daß nämlich die Landwirtschaft für Polen der wichtigste Wirtschaftszweig ist, von dessen Wohlergehen das Gedeihen auch des industriellen Oberbaus der polnischen Volkswirtschaft abhängt; sie hat aus den trüben Erfahrungen der letzten Jahre gelernt, daß ein Staat eine um so erfolgreichere Außenhandelspolitik zu treiben vermag, je breiter und je tiefer die binnenländische Abhängigkeit ist, auf der sie für den Export in Frage kommenden Erwerbszweige zu stehen vermag; und schließlich leitet sie in zunehmendem Maße das polnische Wirtschaftsleben in sozialistische Bahnen, von dem Gedanken ausgehend, daß sich das Wollen und Handeln des Einzelnen den Bedürfnissen der Gesamtheit unter- und einordnen muß —, wobei es sich allerdings fragt, ob die polnische Regierung hier unter dem Einbruch der katastrophalen Not, der sie sich gegenüberstellt, nicht dazu neigt, die private Initiative und Produktion, auf der sie schließlich doch alle wirtschaftlichen Handelshandlungen beruhen, zu sehr zu beschränken.

Um die polnische Landwirtschaft wäre es wesentlich besser bestellt, wenn sie im Auslande den Absatz für ihre Erzeugnisse fände, um den sie sich schon seit langem bemüht. Die Erfolge, die sie auf diesem Gebiete, namentlich in der Ausfuhr von Vieh, Fleisch usw., erzielt hat, sind ihr in den letzten Jahren grobenteils wieder verloren gegangen. Um schlimmsten steht es hier mit dem Export lebender

Schweine, der früher eine sehr wertvolle Rolle in der polnischen Handelsbilanz gespielt hat. Von den 968 000 Schweinen, die im Jahre 1928 aus Polen ausgeführt wurden, sind im vergangenen Jahre nur noch 91 000 (d. h. nicht einmal 10 p. h.) übrig geblieben. Polen hat diesen Ausfall seines Exports, der vor allem in die Eltschobromaki und nach Österreich ging, durch den Export von Fleischwaren (vor allem nach England) auszugleichen versucht. Zunächst mit großem Erfolg. Es hat in den letzten Jahren eine eigene Fleischverarbeitungsindustrie für den Export aufgebaut; in der besten Zeit sind hier jährlich nahezu 1 Million Schweine zu Bacon (Speckhälften) verarbeitet worden, und im vorletzten Jahre haben die Bacon im Binghamer Hafen als Meinerzeugung (mit fast 100 000 Tonnen) mengenmäßig hinter Roble und Zucker an dritter Stelle gestanden. Schon seit 1931 aber ging die Baconausfuhr nach England zurück, da dieses seine eigene einflüßige Industrie stärker auszubauen und sich mehr und mehr auf die Befriedigung der seine Domination und Kolonien umzustellen begann. Sie ist heute gegenüber 1931 fast um die Hälfte gesunken. Ähnlich ist es Polen mit der Ausfuhr seiner anderen Fleischprodukte ergangen. Der „Verband der polnischen Fleischverarbeitungsunternehmen und -exporteure“ hat im Jahre 1930 gemeldet, daß im Jahre 1929 fast 100 000 Kilogramm Ködel- und Räucherwaren, im vergangenen Jahre nur noch knapp 650 000 Kilogramm ausführen konnte. Die polnische Fleischverarbeitungsindustrie hat große Anstrengungen gemacht, um durch kluge Anpollung an die Wünsche der ausländischen Käufer und durch stetige Verbesserung der Qualität die wachsenden Schwierigkeiten, die sich dem Export entgegenstellten, zu überwinden. Es ist ihr jedoch nur teilweise gelungen, mit ihren Erzeugnissen die hemmenden Schranken der anderen Länder zu überbringen. Aber man findet noch in England, in Ungarn, in Belgien und Frankreich, in dem Vereinigten Staaten und Österreich, selbst in China, Britisch-Indien und Afrika Schinken und Schmelzbraten, Rohschinken und Räucherwaren, „Wiener“ und „Frankfurter Wurstchen“ aus Polen, — Beweise dafür, wie Polen bestrebt ist, durch die Veredelung seiner landwirtschaftlichen Produkte seiner tief daniederliegenden Agrarwirtschaft neuen Atemraum zu verschaffen.

Wenn Polen Wert darauf legt, mit Deutschland endlich wieder in einen gleichberechtigten Warenverkehr zu kommen, so geschieht das nicht zuletzt auch in der Hoffnung, dort für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse einen verlässlichen und besonders lohnenden Absatz zu finden. Allerdings ist man sich auch in Polen im klaren darüber, daß an eine Wiederholung etwa des im Kaufver-Abkommen von 1930 vorgeesehenen Schweinekontingents von 200 000 (bei 250 000 Stück heute nicht mehr gedacht werden kann. Aber man hofft immerhin, daß Polen für eine Reihe von Produkten seiner Landwirtschaft Kontingente erhalten wird, unter die die Einfuhren aus anderen Auslandsmärkten für den größten Teil seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse fällt aber von selbst, daß Deutschland, das selber eine durch das liberalistische Wirtschaftssystem jugrunde gerichtete Landwirtschaft wieder aufbauen muß und das aus wirtschaftlichen wie aus besooko-ekonomischen Gründen eine wesentliche Verbreiterung seiner heimischen Ernährungsgrundlage anstrebt, nicht die Möglichkeit hat, den Polen hinsichtlich ihres agrarischen Exports besonders große Zugeständnisse zu machen. Dr. R. Edel.

Major Ottleys Plan einer Neutralisierung Oberbischleffens.

Der überragende Einfluß de Fonds, des als Unterhändler überaus geschätzten französischen Generals und Vorsitzenden der Interalliierten Kommission für Oberliss, wurde in dem letzten Jahre durch die ebenbürtigen Gegenstücke La Rend unter den Beamten der Interalliierten Kommission in dem englischen Major und Westbeuner Kreis-kontrollierer Major Ottley, einem Reuten des damaligen Premierministers Lloyd George, der jene zuverlässigen Informationen über Oberbischleffen damals durch Ottley aus erster und letzter Hand bezog.

Das erste mal kam ihm etwa Ende Mai 1920 mit Major Ottley zusammen, als er mit als Vertreter einer Oberbischleffen-Organisation den Beschluß faßte, demnächst eine allgemeine Bevölkerungszählung für das Abstimmungsgebiet, der ein gebürtiger Oberbischleffer sein sollte, vorzulegen. Von polnischer Seite wurde Prälak Kapita-Ehau, von Bund der Oberbischleffer Studente Dugyauk-Beuten benannt. Der Verband heimattreuer Oberbischleffer auf eine bestimmte Person sich nicht einigen konnte, wurde schließlich ein italienischer Delegat in der Person des jetzigen Papstes, Antius Avilio Kalli, bestimmt. Das später Monsignore Ognio Sero abgab, wurde damals unter dem Vorwand einer Vertagung über die polnischen Stahl unterteilt, wurde die Regelung dieser Angelegenheit England überlassen und hier mit der Erkundung von Vorständen der Engländer Major Ottley betraut.

Diese nur flüchtige Bekanntschaft mit dem interessanten Manne, der der deutsch-oberbischleffen Sache sich stets unparteiisch und gerecht annahm und in dem man deshalb Vertrauen haben konnte, löste bald darauf (kurz vor meinem Eintritt in die Pressestelle des deutschen Publikationsbüros) eine wirkliche Vertiefung ab. Es war am 12. Juni 1920, als ich nachmittags als Mitglied der Bahnhofsstraße in Benthoe anhielt und mich in seine Wohnung bat, die sich neben dem Landratsamt befand. Hier zeigte er mir zuerst bei einer Tasse Tee eine Anzahl Photos, die ihn als Gruppenkommandeur in der rheinischen Besatzungszone darstellten. Dann rückte er allmählich mit dem wahren Grunde seiner Einladung heraus: Er wünschte,

sich mit einer Anzahl maßgebender oberbischlefferer Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, die in allen wesentlichen Punkten mit ihm übereinstimmende Pläne zu unterhalten; Ottley lag sehr viel daran, möglichst reiflos die Stimmung über einen neutralisierten oberbischleffen Industrie- und Kohlen-„Pufferstaat“ zu erforschen und kennenzulernen. Die beschriebene, für September bereits angelegte Konferenz in Spa sollte dieser von England propagierten Neutralisation Oberbischleffens greifbare Gestalt geben.

Die Vorgesandten für diesen Plan, den Ottley kurz darauf dem Oberbischleffer der „Oberbischleffer Morgenpost“, Friedrich Grüne, mitteilte, waren in erster Linie Kommandeur der Natur und vom Porteil Englands diktiert. Im Hintergrunde sprake der Weltwirtschaftskrisis. Englands kommerzielles Interesse war damals auf die Ausbreitung von Eisen- und Erzlagern in den nun Rußland abgetreten Gebieten gerichtet. Diese Eisenförderung sollte in neutralisierten Industrie-Oberbischleffen zur Feinschmelze verarbeitet werden; der oberbischleffen Schwerindustrie sollte eine Feinschmelze ausgebaut werden, verarbeitete Erzeugnisse, falls die Schwerindustrie nicht in eine Feinschmelze- und Verarbeitungsindustrie umgewandelt werden. Das dachten sich die interessierten englischen Kreise einfach in der Weise, daß die aus dem besetzten westdeutschen Gebiet ausgewiesenen oder ausgewanderten Saararbeiter in Oberbischleffen zur Begründung dieser Feinschmelze angelockt werden sollten. Einmündigen, daß durch eine solche Neutralisation Oberbischleffen zu einem Industrie-Kolonatland Englands gebildet würde, verlor die Tätigkeit der Reichswehrkommissionen, vor allem aber die wirtschaftlichen Oberbischleffen, die in ihrer Rettung vor Polen zu parallelisieren. Um übrigens sollte der neutralisierte oberbischleffen „Pufferstaat“ nur ein Blanco-Wechsel für Deutschland auf längere oder kürzere Sicht sein, den Deutschland später — bei granderter Konstellation — wieder einlösen konnte. Vor allem aber sollte durch die Neutralisierung

des Abhängigkeitsgebiets eine Teilung Oberösterreichs vornehmen werden.

Wie weit dieser Plan bei den Engländern bereits feste Gehalt angenommen hatte, geht daraus hervor, daß auch die Verfassung und Verwaltung dieses neutralisierten Österreichs in den Köhler-Staaten (erst, mit Einfluß des Kärntner Kohlenbäckers als Groß-Oberösterreich) schon bis ins einzelne festgelegt war. Nach englischen Muster sollte dieser „Dufferstaat“ durch ein Oberhaus und ein Unterhaus regiert werden. Die Mitglieder des Unterhauses gewählt werden sollen. Während die Oberhäuse jeweils berufen werden um so durch sollten, sollten die Mitglieder des Unterhauses gewählt werden. Das Oberhaus sollte einen ausübenden Einfluß auf eine etwa zu befristende politische Radikalisierung durch das Unterhaus ausüben zu können. In das Oberhaus sollten auch die Völkerverbündeten Staaten je einen Vertreter entsenden. Um erster Vize sollte die Repräsentation dieses „Dufferstaates“ zum Zweck haben, angrenzende Staaten vor gegenseitigen Bedrohungen und Einverleibungsplänen sicherzustellen. Nach österreichischem Grundgesetz sollte aber zur Schaffung eines solchen Vorkontrollinstitutes der Zustimmung der Friedensvertragsmächte zu einer entsprechenden Änderung der Oberösterreich betreffenden Artikel des Friedensabkommens, mußte sich England, mit Lloyd George an der Spitze, einsehen wollen.

Sicherlich war dieser Plan einer Deutschland wohlwollenden Gestaltung entsprungen. Vor allem sollte der ostpreussische Plan Pe Konds, Oberösterreich möglichst ganz den Polen in die Hände zu spielen, auf diese Weise unterbinden, die Einheit des Industrielandes gerettet werden. Der Großschicksal des englischen Planes waren sich Dr. Konds und Korjantz wohl bewußt. Aber selbst wenn es ihnen, dem unparteiischen Werkstätten selbständigen Geschäftsführer Ortley ein Ende zu sein. Und sie haben nur allzuwohl dessen Abberufung erreicht. Denn verständig auch der von Ortley vertretene Plan, dem übrigens auch die deutsche Regierung nicht lymphatisch gegenüberstand, in der Verleumdung.

In diesem Zusammenhang sei auch kurz auf bestehenden Eisdise Gedacht, die zu jener Zeit schon das vortreffliche Arbeiten des Korjantzen Epitaphienbesitzes bewilligt. Wahrscheinlich von der männlichen

Verdingung Ortley, einer künftigen Kreator Korjantz, in Konstantin gefügt, ließ sich noch während seiner Anwesenheit bei Ortley an jenem 12. Juni 1920 Korjantz mit seinem Wirtschaftsbereiter, dem Bankdirektor P. unter irgendwelchem Vorwand annehmen, welches nicht unbedingt zu lösen, das ihm der Zweck meines Berichtes nicht unbekannt sei. Da im März während dieser Zeit im Rebenjannar aufbielt, konnte ich die Unterhaltung mit Korjantz verfolgen, was auch von Ortley beabsichtigt war.

Major Ortley war ein offener und gerader Mensch, gerecht und ohne jeden Völkerei; er war mit seinen lebenswichtig-verbindlichen Umgestaltungsformen eher ein Diplomat als ein Militär; ehrenhaft als Mensch und Soldat, werden ihm alle, die ihn kannten, in bester und würdevollster Erinnerung behalten. Wirken noch unser Sein, heute außer der gewöhnlichen Strafe, oftmals Kontrollen für die polnische Wirtschaftsgroßbetriebe während seines Verweilens in der unteralliierten-Konmission haben ihn zahlreiche Strände in allen Schichten der Bevölkerung erworben, so daß die Bevölkerung Genußes, deren gerechter Preis-Kontrollen er war, ihn nur mit höchstem Eifer bedauern schied. Ein allzu früher Tod letzte seinem Wirken ein jähes Ziel. Schon damals als ein vom Tode Geschwiegener — die Ärzte haben ihn auf keine Vermutung hin nur eine kurze Lebensdauer von fünf Jahren prophezeit — hat Ortley in feiner gerader Denkungsart das tragische Schicksal der polnischen Wirtschaft vorausgesehen, weil er wie kein anderer so gut das gefährliche Untergangfeld der Konds erkannte. Stets und überall hat er sich gegen eine Teilung der Wirtschaftseinheit Oberösterreichs ausgesprochen. Die Ärzte haben sich nicht getraut. Im Jahre 1925 ist Major Ortley — wie ich erfahren habe — auf dem Rückzug von einer Verleihungsreise in Oberösterreich nach England in Flugzeug gestorben. Auch dieser Tod ist unbedeutend für sein gewichtiges unparteiisches Eintreten für Oberösterreich und auch seine Tätigkeit in der unteralliierten-Kommission hinaus, indem ihm das tragische Schicksal des Landes noch Jahre später beweiste, das Schicksal eines Landes und Volkes, das er während seiner kurzen Wirkungszeit kennen und fördern gelernt hatte. Auch Oberösterreich muß ihm nicht vergessen!

Georg Eibis.

„Keine Nationalitätenkämpfe in Polen“ — ?

In der Behandlung der deutschen Volksgruppen in Polen hat sich seit dem Abschluß des Versailler-Vertrages nichts Wesentliches geändert. Trotz der Forderung des Warschauer Innenministers, die Verordnungen der deutschen Volksgruppenführer unannehmbar endlich einmal wohlwollend zu prüfen, und trotz seiner freierlichen Erklärung im Sein, daß die polnische Regierung keinen Rassen- und Nationalitätenkampf zulassen werde, merkte man weiterhin deutsche Schwestern geschloßen, wird die polnische Oberbehörden auch weiterhin mit aus dem Osten importierten Angestellten durchsetzt, liegt auch weiterhin der deutsche Geist in Polen dem rechtsmündigen Jungtill offen. Es ist ein lehrreicher Kommentar zu dem betonten Verordnungsmitglied, wenn gerade ich, kommt ein paar Wochen nach Abschluß des Dekretes, der polnische Ministertrat im „Dziennik Wlady“ vom 14. Februar mit einer Verordnung über den „Parzellierungsplan für das Jahr 1934 herovertrifft. Durch den Plan werden für das laufende Jahr in ganz Polen 50 000 ha zur Aufteilung bestimmt, davon 2000 bzw. 3500 ha in den Weizenoblasten, Pommerellen und Polen. Da von der in Pommerellen zur Parzellierung bestimmten Fläche nur 525 ha freiwillig aufgeteilt worden sind, unterliegen jetzt der 50 000 ha Aufteilung noch 1475 ha. Von der Zwangsparzellierung sind zehn deutsche und nur ein polnischer Eigentümer betroffen. 1032 ha dieser Fläche stammen aus deutschen und nur 443 ha aus polnischem Besitz. Von den deutschen Gütern Pommerellens werden zur Zwangsparzellierung herangezogen (die Namen der Eigentümer in Klammern)

im Kreise Konin: Klein Korjantz mit 154 ha (Franz Jierold) und Sandersdorf mit 180 ha (Marie Silber);

im Kreise Graudenz: Meino-Frankenhain mit 83 ha (Egbert von Bier) und Ansbarg mit 73 ha (Verwaltung bestimmt, davon 2000 bzw. 3500 ha in den Weizenoblasten, Pommerellen und Polen.

im Kreise Ratibors: Jeszen mit 43 ha (Konrad Höbner);

im Kreise Polzin mit 50 ha (Alex. Honemann);

im Kreise Schwie: Bromin, Salsch und Jakobsdorf mit 35 ha (Pauline von Rittkowski-Grellen);

im Kreise Dirschau: Corlin mit 305 ha (Helene von Wallenberg-Dahlag);

in den Kreisen Ebern und Briesen: Bartelsdorf und Vandau mit 72 ha (Günther von Plog).

Es handelt sich auch bei wieder um zum Teil mittelgütig bemittelten deutschen Besitz, der durch die Zwangsparzellierung gestiftet wird und in polnische Hände gelangt, während höchster bewirtschafteter polnischer Großgrundbesitz von dem staatlichen Zugriff unberührt bleibt.

Wohin ein anderes Beispiel zeigt, wie wenig die friedliche Außenpolitik der Warschauer Regierung wieder auf die polnische Innenpolitik in Bezug auf die deutsche Volksgruppe abgibt hat: Am 2. Februar wurde ein deutsches Bauwerk in Czarnokowka (Kreis Bromberg), Polzin, im Besitz von seinem Grundbesitzer, dem Bauwerksbesitzer exzistiert. Bekannte hatte das Grundstück am 1. März 1926 für 8000 Polz gekauft; erst fünf Wochen später wurde bekannt, daß das Verkeilungsamt das Verkaufserlös ausweist hatte, obwohl auf Bekannte keine der geforderten Bestimmungen, die ihn vom freien

Grundbesitzer auslöslichen könnten, angewandt werden konnte. Die Klagen Bekannte hatten keinen Erfolg; er erhielt nicht einmal den bezahlten Kaufpreis zurück. Er wurde dazu verurteilt, das Grundstück, ohne Gegenleistung herauszugeben; und wegen des Kaufpreises wurde er von der Behörde an den Verkäufer verurteilt. Als Bekannte sich weigerte, dem Kaufpreisbefehl freiwillig Folge zu leisten, wurde er am 2. Februar d. J. mit seiner Familie und seiner Wohnungsmittels in die Gefängnis gesetzt, während ein einziges in Polen aus einem Landeshofordr. wurde, der dem Staat dem Grundstück erst 1200 Polz angepagt hat. So wurde wieder ein deutscher Bauer von seinem Besitztum vertrieben und obendrein noch um das Geld, das er dem Verkäufer gezahlt hatte, geprellt. Die polnischen Behörden hätten hier in diesen typischen Fälle die Möglichkeit gehabt, zu beweisen, daß es ihnen ernst ist mit dem Frieden mit Deutschland. Aber sie scheinen noch immer der Meinung zu sein, daß sich der Frieden mit Deutschland nicht auf die deutschen Volksgruppen in Polen bezieht. Sie scheinen die Vermutung, die in der Außenpolitik ernst worden ist, dazu benutzen zu wollen, um mit so härtester Landraub ihre nationalpolitischen Ziele im Innern der Verwirklichung näher zu bringen. Sie scheinen das Wort des Innenministers Dieracki, daß es in Polen keine Nationalitätenkämpfe geben sollte, so zu verstehen, daß die fremdvölkischen Gruppen in Polen fortgeführt werden sollen, um auf diese Weise den Anstoß zu Nationalitätenkämpfen ein für allemal aus dem Wege zu räumen.

Einen kühnen Anstoß zu berechtigten Klagen bietet den Deutschen in Polen auch die Praxis der polnischen Steuerbehörden. Auch in Polen sind oftmals offene Vergehungen worden, daß die Deutschen in den ehemals preussischen Gebieten gewissenhaftesten Steuerzahler sind. Trotzdem erziehen sich gerade die Deutschen einer außerordentlich „liebvollem Behandlung“ seitens der Steuerbehörden. „Nicht allein“, führte der deutsche Abgeordnete Rosjume kürzlich bei der Generaldebatte über den Staatshaushalt a. u. a., daß die Bücherrezeptionen der Menschen, man möchte sagen, läßt häufig auf dem Falle liegen, so werden die von den staatlichen Sinnbehörden überprüften Bücher, von der Steuerbehörde nachher wiederum nicht etwa anerkannt. Wir haben eine große Anzahl Säule zu verzeichnen, in denen deutsche Steuerzahler, trotz gewissenhaftester Selbsteinschätzung seitens der Steuerbehörde wiederholt zu dreißig- bis vierhundert Summe des tatsächlich zu zahlenden Steuerbetrages veranlagt wurden. Und wird der zu Unrecht geforderte Steuerbetrag nicht bezahlt, so erfolgt die Pfändung, wobei auch auf die zur Aufrechterhaltung der Existenz notwendigen Gegenstände keine Rücksicht genommen wird und dadurch schon vertrieben deutsche Exilanten vernichtet werden sind. Alle diese Vergehungen sind ein Beweis für die Unwissenheit, Ignoranz, Dummheit und Selbstverleugung des Finanzministeriums, die in Polen unbezweifelbar ist. Wir haben schon einmal einen der früheren Herren Finanzminister eine Liste solcher „Steuermütter“ überreicht, aber ohne jeden Erfolg. Einige dieser „Steuermütter“ behaupten sogar, nachher noch „liebvollem“ behandelt worden zu sein.

Die Kreise Schwenten.

Am 20. Februar beging der feierliche Aufnahmestil der Republik Schwenten, Pfarrer Hegemann, seinen 70. Geburtstag.

Vor 15 Jahren entstand mitten im Zusammenbruch der deutschen Ostmark ein originelles laotisches Gebilde, die „Republik Schwenten“. Sie verbande ihr Entstehen dem entschlossenen Handeln einiger mutiger Männer, die rechtzeitig erkannten, daß ihre Heimat für das Deutschland der Zukunft, wenn es sich auf den marxistischen Machtpfad der Reichsbildung einließ, der Republik gehört heute der Geschichte an. Sie hat nach Erfüllung ihrer Aufgabe auf ihre Selbständigkeit zugunsten des Deutschen Reiches verzichtet. Das Dorf Schwenten, das diesem kurländischen Staatswesen den Namen gab, liegt im deutsch gebliebenen Teil des Kreises Pomst und ist die Enklave der Bahn Reuzal a. d. O.-Schwenten.

Das ist die Geschichte der Republik Schwenten: Nachdem der Polen der Aufstand am 27. Dezember 1918 in der Stadt Posen geglückt war, ging ihr Streben dahin, möglichst schnell bis zur Westgrenze der Provinz Posen vorzustoßen, um so nach Belegung auch der rein deutschen Kreise die Friedenskonferenz vor vollendete Tatsachen zu stellen. So rückte denn in den ersten Tagen des Monats 1919 eine Abteilung der polnischen Soldaten auch in den Kreis Pomst ein. In der Nacht zum 1. Januar 1919 wurde die Kreisstadt Weßlitz von den Polen besetzt. Ohne auf Widerstand zu stoßen, drangen sie weiter nach Süden vor, um auch Schwenten zu nehmen und damit an die brandenburgisch-schlesische Grenze zu kommen. Aber hier stellte sich ihnen ein unerwartetes Hindernis entgegen: Schwenten hatte sich beim Herannahen der polnischen Gefahr am 5. Januar als selbständige Republik eingerichtet. Der Ortspfarrer Hegemann hatte die Einwohner polnemenigsten, um ihrer das Schicksal Schwentens zu bestimmen. Nach kurzer Beratung wurde auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker Schwenten als neutrales Gebiet erklärt und eine nonkommunale Konvention mit dem Pfarrer an der Spitze zu Verhandlungen mit den Deutschen und Polen gewählt. Deutshleis wurde der Neutralitätsbefehl sofort anerkannt; schweizer dagegen gestattete sich die Auseinandersetzung mit den Polen. Aber auch hier kam man nach langem Hin und Her endlich zur Einigung: Auch Polen erkannte Schwenten als neutrales Gebiet an. In der Kreis- und Provinz- und Reichs-Verfassung wurde die Republik angegeschlossen, wurden, da sie ihrer Verpflichtung, Getreide und Vieh abzuliefern, nicht nachkommen waren und auch keine Verteidigungsmassnahmen für den neuen Freistaat stellen wollten, wieder aus dem Bundesverhältnis entlassen.

Die „laotischen Ämter“ wurden in folgender Weise verteilt: Der Gemeindevorsteher bekam in der neuen Republik das Ministerium des Innern; der Forstminister wurde Wehrminister, er hatte die Auffstellung und Ausbildung der Bürgerwehr zu leiten. An die Hände des Pfarrers wurde das Schwenten-Auswärtige Amt gelegt. Nun konnte das Regieren losgehen. Die erste Amtsbildung des Innenministers war die Aufhebung der Verordnung über die „Brot-, Fleisch- und Bekleidungsmarken“, die damals noch kriegerisch noch überall in Deutschland bestand. Der Handel mit lebendem und geschlachtetem Vieh wurde freigegeben, und das letzte ein lebhafter „Handelsverkehr“ mit Deutschland und Polen ein: Es war ein recht einträglicher Geschäftsbetrieb. Als dann später die Bewohner gerichtlich belangt werden sollten, mußten sie freigesprochen werden, da deutshleis für die Unabhängigkeit Schwentens anerkannt worden war und die Bürger des Freistaates nicht der deutschen Gerichtsbarkeit unterworfen. Die Datschen haben sich einer Dankschreiben zu unterwerfen. Die Schließung der Pässe ging im Pfarrhaus, das zum Auswärtigen Amt erhoben war, und

war mit dem Kirchensiegel vor sich. Selbst Reisende, die mit amtlichen deutschen Pässen, mußten ein Visum mit dem Stempel „Schwenten“ haben. Es wurde streng auf Ordnung gehalten.

Die Lage des Freistaates gingen nicht immer in Frieden dahin, fanden doch in den Grenzen des Grenzgebietes heftige Kämpfe zwischen den polnischen und deutschen Einwohnern und dem deutschen Grenzschutz statt. Oft kam es vor, daß die Neutralität der Republik verletzt wurde. Patrouillen beider Parteien gerieten bisweilen auf ihr Gebiet; sie mußten sich auf Grund des Neutralitätsabkommens aber stets sofort wieder zurückziehen. Des öfteren wurden auch diplomatische Schriftstücke zwischen der Republik und den sie umgebenden Parteien gewechselt. Daß der Schwenten-Außenminister dabei eine sehr energische Sprache zu führen verstand, beweist die Antwort auf eine Beschwerde des deutschen Militärs, das eine polnische Patrouille auf dem Gebiet des Freistaates gefaßt haben wollte und ein für allemal von der Schwenten-Regierung verlangte, von dergleichen Vorkommnissen benachrichtigt zu werden. In der Antwort Schwentens heißt es, es sei eine „irrtümliche Auffassung“, wenn angenommen werde, Schwenten sei verpflichtet, von jedem Vorkommnis Nachricht zu geben. Man sieht, obwohl man dabei fühlte und war, bewachte man doch die strikteste Neutralität. Andererseits betätigte man sich in Schwenten in der Bundesangelegenheiten. Die deutsche Regierung in der Gemeinde befindlichen Kriegsmaschinenwerke, die in der strengsten Räte und im tiefsten Schmutz, ihre Pflicht christlicher Nächstenliebe. Auch war Schwenten als neutrales Gebiet die Austauschstation für die zwischen den Stellungen gefallenen deutschen und polnischen Soldaten.

So war denn durch Frühjahr und Sommer 1919 Schwenten der Mittler zwischen den deutschen und polnischen Einwohnern. Dank seiner energischen Führer mußte Schwenten seine Selbständigkeit zu behaupten. Bis dann in den ersten Tagen des August die Lage sich änderte. Es wurde in Schwenten bekannt, daß Polen die Neutralität in Kriegen nicht mehr länger anerkennen wollte. Dilemma: Dergleichen mußte die Regierung des Freistaates zuerkennen, um nicht in die Gefahr zu geraten, daß Schwenten eines Tages durch polnische Truppen besetzt werden würde. Am 10. August 1919 faßte die Gemeinde einstimmig den Beschluß, die Unabhängigkeit aufzugeben und sich Deutschland wieder anzuschließen. Bei dieser Anregung der Grenzen sollte Schwentens Zugehörigkeit zu Deutschland durch die deutsche Regierung mit demselben Beschluß hatte die Republik Schwenten zu belassen aufgeführt. Gemeindevorsteher handelte unter Führung des „Außenministers“ mit dem deutschen Generalkommando in Glogau, und am 16. August 1919 rückte der deutsche Grenzschutz in das Gebiet des Freistaates ein. Nun begann für Schwenten der Kriegszustand, bis auf Befehl der Entente die Demarkationslinie geschaffen wurde und damit Waffenstillstand zwischen Polen und Deutschland eintrat. Am 9. Juni 1920 war die Grenzsetzungskommission in Schwenten. Der Engländer, Holländer, Franzosen, Japaner, Deutschen und Polen angeschlossen sich die Einwohner Schwentens einstimmig für Deutschland. Dank der Einmütigkeit ihrer Bewohner, dank ihrer tüchtigen und energischen Führer, die in schwerer Zeit, als der deutsche Grenzschutz noch im Entstehen begriffen war und wirkliche Hilfe gegen die polnischen Aufständischen nicht bringen konnte, durch Schaffung des Freistaates sich die Polen zum Teibe bieten, war es gelungen, eine deutsche Gemeinde für Deutschland zu retten.

Seit die Schwenten deutsches Grenzgebiet gegen Polen. Der Außenminister ist wieder der Seeliger und treue Helfer seiner Gemeinde. Die Reichsliste darauf ist, in der kammerförmigen Schlichtung des deutschen Ostens ein bleibendes und originelles Denkmal gesetzt zu haben. Walthar Hank.

Seedienstschiff „Tannenbergl“.

Das Verkehrsministerium hat dem Stettiner Obermerker den Auftrag zum Bau des dritten Schiffes für den Seedienst Ostpreußens erteilt. Das neue Jagdgeschiff wird den Namen „Tannenbergl“ erhalten und 4000 Brutto-Registertonnen groß werden. Es wird damit wesentlich größer sein als die beiden ersten Ostpreußischen Dampfer „Dagbl“ und „Tannenbergl“. Das „Tannenbergl“ wird eine Vierzylinder Maschine von 1207 Meter, Länge über alles 129 Meter, Breite 15,5 Meter und einen Kielgang mit voller Passagierzahl um 4,5 Meter haben. Mit dem Bau des Schiffes wird Anfang März begonnen. Man rechnet damit, es in einer Bauzeit von 12 bis 14 Monaten rechtzeitig bis zur Aufnahme des Seedienstes in nächster Jahr fertigzustellen. Der Neubau wird etwa 4 Millionen Mark erfordern. Zur Fertigstellung des Schiffes werden 135 000 Tagelöhner, gleich 45 000 Arbeitsstunden gebraucht. Das bedeutet, daß die Obermerker für die Fertigstellung für ein ganzes Jahr um 500 Mann verstärken müssen, so daß der Bau des Schiffes einen wertvollen Beitrag in der Arbeitslosenkämpfung bedeutet.

Das neue Schiff wird außerdem den beiden anderen Jagdgeschiffen des Seedienstes ähnlich, jedoch, wie gesagt, wesentlich größer sein. Es

erhält fünf Decks, die Unterbringung der 2000 Passagiere, die das Schiff fassen kann, wird so verteilt, daß eine gewisse Trennung zwischen den Kajütspassagieren und den sogenannten Massenmandanten erfolgen kann. Die auf den anderen Schiffen nicht mögliche Trennung hat vornehmlich in Unannehmlichkeiten selbst, da die Massenmandanten, die auf den Decks schlafen, nichts mit ihren Vorgesetzten die Suchen in den Räumen zu verorten. Auf der „Tannenbergl“ werden die Massenmandanten nachts deshalb hauptsächlich auf dem vorderen Teil des zweiten und auf dem Hauptdeck untergebracht, während die Schlafkammern für die Kajütspassagiere sich im hinteren Teil des zweiten Decks befinden. Gesüßbar sind natürlich alle Räume und Decks für alle Passagiere zugänglich.

Die gesamten Tagesaufenthaltsräume des Schiffes, Speisefaal, Rauchzimmer, Damenzimmer und Veranda, sowie die Wirtschaftsraum werden sämtlich auf dem Promenadendeck untergebracht. Das Schiff wird nach der höchsten Klasse des Germanischen Lloyd erbaut und erhält natürlich alle zum denkbarsten Sicherheitsanforderungen Wert vor diesem Schiff auf die Unterbringung der Besatzung gelegt. Diese moht zum großen Teil in Einzel- und Zweimannkammern, die auf verschiedenen Decks untergebracht sind.

Die polnische Regierung und die Juden.

Die seit längerer Zeit verstärkte antijüdische Propaganda der Nationaldemokraten hat die polnische Regierung zwar nicht veranlassen können, ihre grundsätzlichen jüdenfeindlichen oder doch zum mindesten ablehnenden Haltung gegenüber den Juden zu ändern. Sie hat jedoch immer noch so viel erreicht, daß sich die polnische Regierung nachweislich gegen den jüdischen Nationalismus und ausdrücklich Stellung zu nehmen. In der jüdischen Literatur ist die polnische Regierung nicht antijüdisch im Sinne gehalten ist. Durch diese Stellungnahme wird nicht bestritten, daß die jüdischen Nationaldemokraten durchaus nicht befreundet, kann nicht überfallen. Vor kurzem hat sich der Regierungsratsabgeordnete und jüdische Mitarbeiter der offiziellen „Goyeta „Dolka“, Oberst Miedziński, vor dem Sejm in eingehender Weise zur polnischen Judenfrage geäußert; er hat sich dabei gegen die Nationaldemokraten gewandt, die gegen die Regierung immer wieder den Vorwurf erheben, daß sie eine Politik betreibe, die den jüdischen Elemente eine privilegierte Stellung im politischen, wirtschaftlichen und geistigen Leben Polens gegenüber dem polnischen Wirtschaftsleben einräume.

„Es wäre leicht“, so führte Miedziński, „zu den Nationaldemokraten gemandt, u. a. aus, „in Polen zu regieren, gäbe Miedziński die Kleinigkeit von 30 v. H. der nationalen Verantwortung für die alle, denn wir sind in diesem Staate die organisierten Wirt. Alle sind stark in ihren Augen, sowohl die Juden als auch die Freimaurer, nur die Polen sind ein unermessliches Volk. „Wir möchten, daß in unfernen Lande, das nicht industrialisiert ist, in einem Lande, in dem der Abgang der auf dem Boden entbehrlichen Kräfte durch die Abriegelung der Auswanderung geschehen ist, der Abfluß dieser Kräfte in die kleinen Städte, zum Handwerk, zum Handel sich vollziehen könnte. Dies ist aber nicht möglich, weil die Städte durch eine große Masse von Juden beherzigt sind. Wir sind wir durch die kleinen Städte führen, wenn man sich die kleinen Städte an die kleinen Städte mit ihren reinen öffentlichen Städten ansetzt und dann nach Kiew

kommt, so wird es einem tatsächlich schlecht. Und jeder von uns würde wünschen, daß man dies nicht sähe. Doch wie soll man sich hier helfen? Herr Bielski, der die Verfassung ergreifen hat, die Sie jetzt beschließen haben, sagt von dieser Wirklichkeit: „Ein Teil der Juden sind Polen werden, und die übrigen werden im Jume gehalten. Aber Herr Bielski hat nicht gesehen wie es dies machen wird. Deutschland hat über 60 Millionen Einwohner, die 600 000 Juden (1 v. H.) während wir 9 v. H. haben. Hitler hat gelangt, er werde 1000 Mark einem jeden zahlen, der die Reichsgerichte verlassen würde. Es handelt sich um eine Masse Geld, aber sind sie abgereiht? Nicht die Hälfte, nicht der dritte Teil, trotz der Konzentrationslager, trotz der fürchterlichen Schikanen (??). Wenn Sie, meine Herren, sich ausländischer, kultureller Menschen würdiges, jüdenfeindliche antijüdische Propaganda für die Lösung der jüdischen Frage ausarbeiten, so werden wir es annehmen und verwirklichen; denn wir können es, Sie, meine Herren, aber niemals. Aber mit aller Entschiedenheit erklärte ich, daß das, was Sie in der jüdischen Frage zu tun verluft haben, nur allem jeder jenenfalls ist, da Sie 2 700 000 Menschen nicht dazu imstande sind. Sie sehen also, meine Herren, wir sind nicht dazu imstande, diese Millionen auszuwerten und ihnen wird es auch nicht gelingen, sie hinauszuwerfen.“

Sie erinnern sich wie Sie jetzt unglücklich die große Zahl der jüdischen Propaganda im Ausland antreiben, die sich gegen Polen wenden würde. In Deutschland hat sich diese Gefahr in der Tat ausgemittelt. Aber Sie, meine Herren, hatten nichts anderes zu tun, Sie wollten durchaus, daß dies immer so wäre, daß diese Propaganda sich noch stärker gegen uns richte. Denn wozu haben Sie diesen Karm in Vemberg gemacht? Waren wir nicht bereit, als wir auch davon zurückziehen, so daß wir jetzt nicht eine deutsch-jüdische Front gegen uns, sondern ungekehrt eine jüdische Front gegen Deutschland haben?“ Man merkt: Die Judenfreundschaft entspringt nur taktischen Gründen.

Der Kleine Grenzverkehr.

In der Regelung des Kleinen Grenzverkehrs zwischen Ostpreußen und Memelland-Litauen ist eine wesentliche Änderung eingetreten. Die Mengen an Lebensmittel, die von den deutschen Grenzbehörden für den Eigendbedarf jenseits der Grenze eingekauft werden dürfen, sind stark herabgesetzt worden. Der Lebensmittelkauf hatte ursprünglich einen derartigen Umfang angenommen, daß nicht nur das einheimische Geschäftsleben besonders von Litau und Umgebung erheblich geschädigt wurde, sondern auch mit den „drüben“ zu niedrigen Preisen eingekaufte Waren ein schmerzhafter Handel nach anderen Teilen des Reiches betreiben wurde. Diesem Handel, der jenseits der Grenze nicht nur den Memelländern zugute, sondern auch die Konsumenten verstanden es, aus dem Kleinen Grenzverkehr zwischen dem Memellande und Ostpreußen geschäftlichen Vorteil zu ziehen.

Zur Abstellung dieser völlig untragbar gewordenen Zustände hat sich die deutsche Regierung entschlossen, die Joganente Freiliste im Kleinen Grenzverkehr einzuführen. Inzwischen sind folgende Änderungen herbeigeführt. Es dürften eingeführt werden:

a) an Fleisch früher 12 kg je Woche und Hausstandskarte, jetzt nur noch 2 kg;

b) an Geflügel früher 6 kg je Woche und Hausstandskarte, jetzt nur noch 1 kg;

c) die Einfuhr von

a) Mülเลอร์zeugnissen und Backwaren fällt gänzlich fort;

b) von Käse, Eiern und Butter in deutsch-litauischen Grenzverkehr fällt ebenfalls künftig fort. Allerdings besteht auf Grund der allgemeinen Bestimmungen über die Einfuhr von Milchzeugnissen und Eiern im Kleinen Grenzverkehr auch künftig die Möglichkeit, je ¼ kg dieser Lebensmittel täglich einzuführen.

Zu der Neuregelung des Kleinen Grenzverkehrs, die namentlich für die Grenzstadt Litau eine tiefgreifende wirtschaftliche Bedeutung besitzt, nahm Gauleiter Oberpräsident Erich Koch in einer bedeutsamen Rede vor dem Litauer Bevölkerung Stellung; er führte darin u. a. folgendes aus: „Wir sind auch heute bereit, jeden

Schritt zu tun und jeden Vertrag abzuschließen, der der Befriedigung der Bedürfnisse der nordischen Europas dient, selbstverständlich nur unter der einen Voraussetzung, daß in jedem Falle die nationale Ehre des deutschen Volkes anerkannt und gewahrt wird. Es lebt der Kommoer Regierung nichts im Wege, dem deutsch-polnischen Pakt beizutreten oder in aller kürzester Zeit mit Deutschland zu einem Abkommen zu gelangen. Möge doch die litauische Regierung einmal ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu den anderen Nationen überprüfen und die künftigen Möglichkeiten eines Abgleichschaffenden Produktion sowohl in Deutschland als auch in den benachbarten Ländern erörtern. Man werde dann sicher die Überzeugung kommen, daß es nicht zweckmäßig ist sich die Möglichkeiten eines Handelsvertrages mit Deutschland zu verschmähen. ... Der Gauleiter forderte dann die deutsche Grenzbevölkerung auf, keinerlei Waren mehr jenseits der Grenzen zu kaufen. „Ich richte“, so sagte er u. a., „einen ganz besonderen Appell an die deutsche Frau. Wir verlangen von ihr nichts Unbilliges, sondern wir verlangen es aus dem großen Plan heraus, den wir durchführen müssen, um den wirtschaftlichen Belangen unserer Provinz in jeder Weise gerecht zu werden. Ich appelliere gleichzeitig an die Solidarität des Handwerkes und an die Gemerbetreibenden. Genau so wenig, wie ich Verständnis dafür aufbringen kann, daß noch fünf Pfennig außerhalb Litauis umgelegt werden, ebensowenig Verständnis habe ich für jede Art von Dreistreiberi. Wir in dieser Beziehung sich auch nach das übermilde zu schulden kommen läßt, gegen den werden mit wegen Solange es sich um wirtschaftlichen Wiedereaufbau mit den allerhöchsten Mitteln vornehmen. Man werde das in der Konzentrationslager schaffen. Die NS-Frage wird dem Reich bekommen, jeden anzugreifen, der sich in Litau preisdreibe befähigt. Es ist aber auch nötig, daß die Betriebsinhaber sofort ihre Betriebe überprüfen und nach Möglichkeit neue Arbeitskräfte einstellen. Denn von den Kreisen, zu deren Schutze die Maßnahmen getroffen werden, muß ermartet werden, daß sie durch Einstellung möglichst vieler Arbeitskräfte eine automatische Förderung der Kaufkraft anbahnen.“

Zur Lage in Ostland und Lettland.

Die Befürchtung, daß die Friedenstäter der deutsch-polnischen Verständigung, das Wunder der europäischen Politik, wie eine englische Pressestimme es nannte, in den baltischen Konflikt eine gewisse Beklemmung auslösen würde, hat sich als unbegründet erwiesen. Diese Annahme dürfte sich bei der polnischen Regierung als eine wesentliche Voraussetzung für die Wahrung der Selbständigkeit der baltischen Länder zu erblicken geniert war. Es liegen nunmehr amtliche Verlautbarungen sowohl lettischer als auch estnischerorts vor, die von einer zurechtfinden und durchaus ruhigen Beurteilung der durch den deutsch-polnischen Pakt geschehenen Lage zeugen. Der estländische Außenminister Seimaa betont in einer Presseunterredung, die Beförderung der deutsch-polnischen Beziehungen sei als neuer wichtiger Schritt zur Festigung des Friedens in europäischen Osten auch für sein Land günstig

zu bemerken. Die estländische öffentliche Meinung verhalte sich zum Pakt zustimmend und völlig ruhig. Eine ähnlich lautende Stellungnahme liegt auch aus lettlandischen Außenminister Safernais vor. Der lettlandische Außenminister Safernais hat in einer Einrede auf einer Vauenbauversammlung in Windau bei der Beförderung der außenpolitischen Lage Lettlands sogar Worte ausgesprochen, die hinsichtlich der Beurteilung für die deutsch-polnische Entspannung gefanden. Deutschland solle sich, so führte Umanis aus, in seiner Außenpolitik von Klugheit und Fernsicht leiten. Auch in anderen Staaten herrsche Verarmung und Einsicht vor, so daß man heute mit gutem Gewissen sagen könne, die Kriegsgeschichte im Osten sei nunmehr gebannt.

Am 16. und 17. Februar hat in Riga eine der üblichen lettlandisch-estländischen Außenminister Versprechungen stattgefunden, die inebell diesmal eine erhöhte Bedeutung beizumessen

ist. Wie erwartet, soll bei dieser Zusammenkunft das noch sehr jungen Vertragsabgeordnete B. und die jüngsten beiden Staaten, dessen tatsächliche Entlastung in die Zeit unmittelbar nach dem Abbruch der Weltkriege fällt, nicht nur erneuert, sondern auch ergänzt und erweitert werden. Es handelt sich in der Hauptsache wohl darum, den bereits zu einer gewöhnlichen Einrichtung gewordenen Außenminister - Befehrsstellen durch Begründung eines föhrenden Sekretariates ein festeres Gefüge zu geben. Auch beabsichtigt man, einen Wirtschaftsstabs- und einen Rechts- und Vertriebsabteilung zu errichten sowie Anleihen der Wirtschaftsstabs- und Vertriebsabteilung in beiden verbündeten Staaten. Die Anregung zu einer solchen Anleihen-Entlastung ist allerdings nicht ohne Zweifel von einflussreicher Seite aus und hat bei den Vorkämpfern bereitwillige Aufnahme gefunden.

Die Erörterungen über ein Zoll- und Wirtschaftsunion zwischen beiden Völkern, die seit laugen Jahren immer wieder gepflogen und immer wieder im Sande verlaufen sind, scheinen durch die größere politische Ähnlichkeit neuen Auftrieb erhalten zu haben. Der lettische Außenminister Salnajs und sein ehemaliger ständischer Kollege Professor Piip haben im Rahmen eines Vortragsabends der „Baltischen Union“ in Riga das Thema ergriffen. Piip hat sich zunächst mit dem Zollunionsgedanken als dem sichersten Weg zur politischen Befreiung des baltischen Raumes und betonte, daß der so lange schon erströmte wirtschaftliche Zusammenstoß beider Staaten am möglichen Stelle Jomoh in Riga als auch in Reval nicht ausgebeugt werden sei. Auch Litauen solle bei der bevorstehenden wirtschaftlichen Vereinheitlichung mit einbezogen werden. Besonders in der heutigen Zeit, die zu einer immer stärker werdenden wirtschaftlichen Abgrenzung der einzelnen Länder führe, habe ein einseitiger europäischer Wirtschaftskrieg mit einer Bevölkerung von 20 bis 30 Millionen große Entwicklungsmöglichkeiten. Die baltischen Staaten müßten sich die Märkte für den Absatz ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse nur durch gemeinsames Vorgehen erobern. Nicht nur ein politischer, auch ein wirtschaftlicher Zusammenstoß sei also das Gebot der Stunde. Professor Piip ergänzte die Ausführungen seines Vorgesetzten durch den Hinweis auf den Gewinn, der durch die geopolitische Lage der baltischen Staaten im Sinne eines Wirtschaftsverbundes ausgenutzt würde. Allerdings sei zu sagen, daß der Unionsgedanke infolge entgegenstehender wirtschaftlicher Sonderinteressen in beiden Ländern vielfach nicht eben volkstümlich sei. Trotzdem könne von einer ernsthaften Opposition nicht die Rede sein. Die Zeit sei da, praktische Maßnahmen zu ergreifen, um den einseitigen baltischen Wirtschaftsraum endlich aufzuheben zu lassen. Wie weit die von Professor Piip nicht mit Unrecht hervorgerufenen „entgegenstehenden Einzelinteressen“ dem Unionsgedanken nicht doch noch größere Hindernisse in den Weg legen werden, weiß Professor Piip nicht. Er ist der Meinung, daß die einseitig gestellte Sonderbefreiung nicht nur dann zu überwinden, wenn der zusammengefallene Wirtschaftsraum groß genug ist, um einen gerechten Ausgleich zwischen Vorkämpfern und Gewinner zu gewährleisten. Das kann nur bei wirtschaftspolitischen Konzeptionen im mitteleuropäischen Maßstab der Fall sein. Von einem Wirtschaftsverbund reiner Agrarländer untereinander ist die Verbindung der Welt nicht zu erwarten.

Man legt in Lettland und Estland großes Gewicht auf die Pflege der handelspolitischen Beziehungen zu England und hat in beiden Ländern mit England die Wirtschaftsverhandlungen am weitesten aufgenommen. Diese Verhandlungen sollen, was Estland anbetrifft, vor dem Abbruch stehen, für Lettland haben sie eine ungünstige Wendung genommen. Aus London wird gemeldet, daß die lettisch-englischen Verhandlungen unterbrochen seien und die lettisch-englische Abordnung England verlassen habe. Darin ließe sich doch kein Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen zu erblicken, noch ermutigt in London eine baldige Rückkehr der Lettland. Die Frage lag hier für Lettland mit Deutschland mit dem Abbruch der Wirtschaftsunterhandlungen von 100 000 Zentnern jährlich nicht einherhängen, da Lettlands Ausfuhr im vergangenen Jahr noch 135 000 Zentner ausgemacht habe. Die Haupthilfe am vorläufigen Scheitern der Verhandlungen trägt indessen die Frage der Verhinderung der Stadt Riga an die englische Bankfirma Cazard Brothers. Diese Angelegenheit reicht bis in die Vorkriegszeit zurück, wobei heute englischerseits auf einer Verzögerung oder um mindestens Anerkennung völlig einmündigen Sordern verbunden sind, während man lettischerseits von einer Regelung nichts wissen will. Sehr löcherlich mußten die Argumente an, um denen die lettische Presse den Engländern die lettisch-englische Einstellung näherbringen trachtet. Es wird nämlich darauf hingewiesen, daß England keine übertriebenen Zwangsdruck auf die Rückzahlung dieser Schuld legen solle, da die Lettland sich zum größten Teil gar nicht in englischen Händen befinden, sondern in Besitz von in Lettland lebenden deutschbaltigen in England. Man müßte sich für solche Gedankengänge nicht das nötige Verständnis zu haben.

Die Deutschensache in Lettland hat trotz eines größeren Abflusses von ihrer Bösartigkeit noch nichts eingebüßt. Das beweist die Vortrage Breich und Genossen zur „Hebung der Arbeitslosigkeit“ im lettischen Parlament. Danach sollen künftig in allen privatwirtschaftlichen Betrieben des Landes mindestens 80 v. H. aller Arbeiter und Angestellten lettischer Abstammung sein. Da die lettischen Staatsbürger nichtlettischer Nationalität, unter denen die Deutschbaltigen am zahlreichsten sind, in lettischen Betrieben keine Arbeit finden dürfen, treten ihre engere Volksgenossen ein, sondern nur bei Arbeitgebern der eigenen Nationalität, so daß der

Arbeits Breich, zum Geheh geworden, die Verdrängung soll nicht ausschließlich Arbeitnehmer von ihren Posten für Folge gehabt. Eine Mehrheit im Parlament hat dieser hauptsächlich gegen das lettisch-englische Deutschbaltigen in dem in Lettland nicht gefunden, ebensowenig eine gleichzeitige marxistische Vortrage, lettischen Ausländern ohne Ausnahme in Lettland die Arbeitsgenehmigung zu entziehen. Die Nationalisten hatten es bei ihrem Vorgehen offensichtlich auf die in Lettland lebenden Reichsdeutschen abgesehen, mußten sich indessen vom Innenminister Jagen lassen, daß im Auslande weit mehr Lettland Arbeit haben als Ausländer in Lettland, die Annahme des marxistischen Gehehtrages daher unangenehm für Lettland vorgehen. Rückwirkungen aus dem Vorgehen näher, daß nicht alle Einmündigen aus dem Auslande ein wertvolles Bereicherung der eigenen Bevölkerung darstellen. Wenigstens gelangt die Rigolde Zeitung „Votus“ in einem „Soll Lettland das Heim jüdischer Schornsteine werden?“ überschriebenen Artikel zu diesem Schluß. Das Blatt gibt eine kurze Würdigung der nationalsozialistischen Judenpolitik im Reich, die zur Folge hatte, daß zahlreiche jüdischen Deutschen verloren, um andere europäische Länder zu übernehmen. Auch Lettland habe, so führt das Blatt fort, unter dieser Umwälzung der Welt zu Unrecht als politische Emigranten bezeichneten Schornsteine zu leiden, für deren Jüdische Jäger Palästina bedanke, und die nichts anderes täten, als das Arbeitslosenzustand zu erhöhen, die politischen Leidenhaftigen zu entlassen und die Zahl der Vertriebenen zu vermehren. Zum Schluß richtet das Blatt an den Innenminister die Frage, ob er Minister des lettischen Volkes oder der jüdischen Einbringlinge sei, und fordert unerschütterliche Maßnahmen gegen diese neue Volksplage.

Den in Untersuchungsbefehl befindlichen Mitgliedern der baltischen Erneuerungsbewegung Lettlands, O. Treu und A. Silbert, sowie weiteren von der politischen Polizei unzulässiger Umtriebe bestraften Deutschen konnte, wie die Rigolde Zeitung meldet, im Untersuchungsverfahren nichts Belastendes nachgewiesen werden, so daß die Haftentlassung der beiden Strafgenannten bevorsteht.

Im Estland werden die im April bevorstehenden entscheidenden Staatspräsidentenwahlen ihre Schatten voraus. Die Freiheitskämpfer haben den Wahlkampf für ihren Kandidaten A. Parka schon seit geraumer Zeit in der Presse und in zahlreichen Versammlungen mit Aufwand aufgenommen. Auch die beiden anderen Kandidaten, General J. Paldor und Ministerpräsident R. Pats, sind aus ihrer bisherigen Zurückhaltung herausgetreten und haben sich ihren Wählern vorgestellt. Ein vierter, marxistischer, Kandidat, als welcher bislang A. Kei genannt wurde, scheint nicht aufgestellt zu werden. Die Verhältnisse in der sozialistischen Arbeiterpartei ermutigen hierzu immer weniger, besonders nach dem kläglichen Zusammenbruch der jüngsten Vorposten-Parteiangabe. Hier treten die Gegensätze zwischen den in der Partei führenden gemeinsamen Säulen und der radikalsten Gruppe in der Opposition zu unermesslich heftig aufeinander, daß die Kogung abgebrochen werden mußte. Die weit fortgeschrittene Zerlegung dieser einst mächtigen Partei ist somit offenkundig Tatsache geworden. Wie sehr auch alle übrigen alten Parteien abgerichtet haben, erbellt daraus, daß die beiden Präsidentschaftskandidaten des Systems, Vaiboner und Pats, nicht etwa von einer der Parteien auf den Schild erhoben werden, sondern von angeblich überparteilichen und lediglich zu diesem Zweck gegründeten Organisationen.

Die in diesen Tagen anlässlich des 50-jährigen Geburtstages des Generals A. Vaiboner in ganzen Länge abgehaltenen Feiern sind wohl als Teil der Wahlpropaganda zu werten. General Vaiboner ist aus der kaiserlich russischen Armee hervorgegangen und hat als Generalfeldmarschall im Weltkrieg gegen Deutschland gekämpft. Im estländischen Freiheitskrieg gegen die Sowjetunion war er Oberbefehlshaber und hat sich als solcher große Verdienste um die Erringung der Selbstständigkeit Estlands erworben. Nach dem gescheiterten Komsomunismus vom Jahre 1924 war er es, der das politische Leben des Landes in ruhige Bahnen zurückführte und die erschütterten Grundlagen wieder festlegte. Sein Ansehen beim Volk war bei der Kogung im Jahr 1926 sehr hoch. Der einzige und allerdings sehr geringe Umstand, der seine Wahlabsichten zweifelhaft erscheinen läßt, ist der, daß er als Parteimitglied der demokratisch-parlamentarischen Kampfrichtung im Gesetz steht. Wäre General Vaiboner der Kandidat der Freiheitskämpfer, so hätte er sicherlich keinen anderen Gegner zu fürchten.

Statistisches über die Universität Dorpat.

Die Zahl der an der einzigen Universität Estlands Studierenden beträgt im laufenden Semester 2856, da von 218 2011. Die deutschen Studenten verteilen sich auf die einzelnen Fakultäten wie folgt: 43 Mathematiker und Naturwissenschaftler, 33 Mediziner, 35 Philologen, 29 Pharmazeuten, 5 Agrarwissenschaftler, 6 Veterinäre, 28 Juristen, 13 Theologen und 13 Nationalökonomiker. Die Verteilung ist sehr ungleichmäßig, da die städtischen Berufe in übermäßiger Mehrzahl gebildet worden sind. Die deutschen Studenten Dorpats sind in 9 Verbindungen, darunter 7 Korporationen, zusammengefaßt. Im allgemeinen Studentenparlament sind sie mit 21 Sitzen vertreten. In jüdischen Studenten gibt es in Dorpat etwa 90 in 6 Verbindungen.

Offland-Woche.

Der Breslauer Dom.

Nachdem in den letzten Jahren umfangreiche Ausbesserungsarbeiten am Breslauer Dom vorgenommen worden sind, soll jetzt auch die Innere der hochwichtigen Wiederherstellung unterzogen werden. Die durchzuführen Arbeiten werden einen sehr großen Umfang annehmen, da nicht mehr und nicht weniger beabsichtigt ist, als die Domkirche in ihrer architektonisch reinen Gestalt wieder zu erleben zu lassen. Denn im Laufe der Jahrhunderte sind viele Änderungen vorgenommen worden, die durchaus dem der Domkirche hauptsächlich vertretenden gotischen Stil widersprechen. So sind beispielsweise die hohen Strebebeiler, die ganz aus Sandstein bestehen, mit zementierender Schichten von Kalk überlagert worden. Ein Ziel der Erneuerungsarbeiten besteht nun darin, das aus Sandstein bestehende Mauerwerk und hauptsächlich die Strebebeiler wieder von allen Auflagerungen zu befreien. Bei diesen Arbeiten muß man auch versuchen, den Putz von den Wänden der Marienkapelle entfernt zu entfernen, da die nicht anderweitige Verwendung besteht, daß dort alte, wertvolle Malereien vorhanden sind. Gerade in dieser Kapelle ist sehr viel Bemerkenswertes im späteren Jahrhunderten eingedrungen worden, das nicht zu der in diesem Teil besonders schönen gotischen Bauart gehört. Aus dem gleichen Grunde wird man auch in dem hohen Chor des Domes umfangreiche Veränderungen vornehmen. In den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts ist hier viel Schmutzwerk der sogenannten „Kümmelgotik“ angebracht worden, das, wie über dem Chorbogen, das grünlich angefärbt wurde, sich an den Bögen des Chores sowie an den gotischen Strebepfeilern hindrängt. Gleichzeitig soll das große, in grellblauen Farben gehaltene Chorfenster über dem Chorbogen durch ein anderes ersetzt werden, das sich in den ruhigen Rahmen des hohen Chores einfügt. Durch alle diese Arbeiten wird der Plan verfolgt, dem Breslauer Dom ein Aussehen reiner Architektur von künstlerisch großem Wert zu geben. Aus diesem Grunde denkt man auch daran, die in dem Vingschiff aufgeführten Strebepfeiler zu entfernen, da sie vom künstlerischen Standpunkte aus nicht so wertvoll sind, als die Schmutz einer Kathedrale dienen zu können. — Raturgemäß hat die Behörde der für ein so umfangreiches Vornehmen notwendigen Mittel Schmierigkeiten bereitet. Zunächst hatte das Domkapitel bei der Breslauer Regierung den Antrag gestellt, ein Darlehen von 150 000 RM. aus den Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wurde jedoch später zurückgegeben, da von Berlin aus direkt Mittel zur Verfügung gestellt werden konnten, weil man sich nicht der Aufstellung verschließen konnte, daß die Restaurierung des Breslauer Doms in dem beschriebenen Umfang eine Arbeit von großem kulturellem Werte ist. Nach dem Umfang der geplanten Arbeiten besteht die begründete Hoffnung, daß der Breslauer Dom eine Neugestaltung erfahren wird, die dieses alte Gotteshaus mit in die Reihe der berühmten deutschen Dome stellen wird.

Freskogemälde von 1540 in Danzig entdeckt.

Bei den Wiederstellungsarbeiten an dem in seiner heutigen Gestalt um 1485 errichteten Artushofe in Danzig fand man bei der Abnahme alter Putzschichten auf Brettern verdeckte übermalte Freskogemälde, das in grauen Tönen und in Gold die Dreifaltigkeit, die Erschaffung Adams und den Sündenfall darstellt. Anknüpfung an päpstliche Holzschritte lassen vermuten, daß dieses Werk um 1540 entstand. An langwieriger Arbeit ist es gelungen, das Gemälde sauber freizulegen und in alter Schönheit wiederzuerleben zu lassen. Die Wiederherstellung des berühmten Artushofes, die seit 1931 in einer durchgehenden Erneuerung der Fundamente, Keller- und Innenräume und des Dachbaus führte, ist nunmehr weitgehend abgeschlossen. Sie erfolgte in jahrelanger behutsamer Kleinarbeit nach den technischen Erfahrungen, die Professor Dr. Ruth von der Darmstädter Hochschule feierlich bei der Erneuerung des Wiener Domes sammelte.

Kanalisationsröhren aus dem XVI. Jahrhundert.

Während Kanalisationsarbeiten, die in der Vorstadt Chornokre ausgeführt wurden, ließ man in der Wasserstraße in einer Tiefe von 8—9 Metern auf ausgezeichnet erhaltene Holzröhren, die weißes aus der früheren Kanalisation herkommen, die im XVI. Jahrhundert Nikolaus Koppernikus in einigen Städten Polens angelegt hatte. Die Röhren wurden in das Chornokre gebrocht.

Mitarbeit am „Austrowany Kurier Cobienny“ verboten.

An den „Notifikationen“, dem Amtsblatt der Krakauer erzbischöflichen Kurie, wird den Priestern und den Kanons 1386 die kanonischen Rechte der Veröffentlichung von Artikeln und jegliche Mitarbeit am Krakauer „Austrowany Kurier Cobienny“ verboten. Der angeführte Kanon besagt, daß Weltlichen jede Mitarbeit an Zeitungen und Zeitschriften verboten ist, die in ihrer Richtung gegen den katholischen Glauben

oder gegen die guten Sitten verstoßen. Das Blatt ist bekanntlich auch durch seine vielen gebilligten Ausfälle gegen Deutschland „berühmt“ geworden. Es ist aber fraglich, ob die Krakauer erzbischöfliche Kurie die rechte Verantwortung des Blattes als gegen die guten Sitten verstoßend ansieht.

Das mittlere Schulwesen in Polen.

Das Warschauer Statistische Hauptamt hat die Angaben bearbeitet, die die mittleren Schulen in Polen im verflochtenen Schuljahr betreffen. Die Zahl der Schulen betrug insgesamt 765. Es wurden an denselben 13 105 Lehrkräfte beschäftigt, darunter 8662 Männer sowie 4443 Frauen. Unterricht erhielten in diesen Schulen 186 805 Schüler, darunter 111 557 Knaben und 75 248 Mädchen. Von der Gesamtzahl der Schulen entfallen 283 auf staatliche, 39 auf kommunale und 423 auf private Schulen. Die Zahl der Knabenschulen betrug 259, der Mädchenschulen 240, der Realschulungsstellen 266. Kaffeegenüsse erhielten im verflochtenen Schuljahr insgesamt 15 035 Personen, darunter 9463 Jungen und 5572 Mädchen.

Deutsche Lehrer gemäßigter.

Die polnische Schulbehörde in Königsbütte führt zur Zeit eine Untersuchung gegen eine Anzahl deutscher Lehrpersonen durch, denen vorgeworfen wird, eine „nationalfeindliche“ Einstellung der Schüler zu haben. Sie hätten es zugelassen, daß die ihnen unterrichteten Schüler und Schülerinnen an nationalen polnischen Veranstaltungen nicht teilgenommen hätten. U. a. wurde der Lehrer D. e m o l i k, der auch Vorsitzender eines deutschen kulturellen Vereins ist, am 1. Januar seines Amtes entbunden und aus dem Schuldienst entlassen. Das gleiche Schicksal erlitt die deutsche Lehrerin Gertraud P i e t z h.

Die Not der deutschen Kolonisten in Polen.

Seit einiger Zeit kommen in die bisher rein deutsch in Kolonien Wolhyniens jüdische Juden, die den wirtschaftlich bedrängten und verarmten deutschen Kolonisten ihre kleinen Landstücke abkaufen. Während sonst nur die wolhynischen Städte zu einem hohen Prozentsatz von Juden bevölkert sind, haben sich neuerdings in der Gegend von Koryczyn und Lusk Juden auch in den deutschen Kolonien niedergelassen. Aber auch sonst ist der deutsche Vorbesitzer in Wolhynien in der Gefahr. Daselbst herrscht das noch kurzem eine Kolonie bei Lusk traf, dort jetzt der Kolonist W i d a m s k a, ebenfalls bei Lusk. Auch hier soll der rechtlich ermordete Landbesitzer von dem polnischen Landamt nicht anerkannt werden.

„Polen lieft zuviel ausländische Zeitschriften.“

In der polnischen Presse wird Klage darüber geführt, daß in der letzten Zeit die Einfuhr ausländischer Zeitschriften zu stark zugenommen hat, während die Zahl der Abnehmer der polnischen Zeitschriften und ebenso die Zahl der im freien Verkauf abgesetzten Exemplare zurückgegangen ist. Begründet wird der Klage damit, daß das Papier, die Farben und die Druckkosten in Polen und auch die Preise der polnischen Zeitschriften höher sind als die der ausländischen. Da dies in den Weltkriegen Polens festgestellt wurde, mo mehr gelesen wird, so ist diese Klage wohl in erster Linie gegen die deutschen Zeitschriften gerichtet. Es läßt sich aus diesen Veröffentlichungen hier und da auch eine Aufforderung zum Boykott der ausländischen d. h. deutschen Zeitschriften herauslesen, um, in einer Einschränkung der Einfuhr durch die schon bekannte Methoden der wirtschaftlichen Beschlagnahme und Vernichtung ausländischer d. h. in der Mehrzahl deutscher Zeitungen, wie sie in Kattowitz, Polen und anderen Städten schon wiederholt von altn eingetragenen „Patrioten“ vorgenommen wurde.

Juden kommen nach Polen.

Der Warschauer jiddische „Moment“ berichtet: „Die Zentrale des Agudas des Jisra'el (Juden-Vereins), die sich I. S. in Krakau befindet, wurde noch vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten nach Wien verlegt. Da nun auch in Wien die Hitlerorgane zunimmt, wurde beschloffen, die Zentrale dieser Organisation nach Warschau zu verlegen.“

Die Ereignisse in Österreich haben die dortigen Juden unlieber gemacht. Wie I. S. in Deutschland, so hat jetzt auch in Österreich eine Massenflucht jüdischer Elemente begonnen. Die Hauptziele dieser um ihre Sicherheit besorgten Flüchtlinge sind die Schweiz, Schweden und Polen. Allein im kongressspezifischen Odo sollen in den Tagen des österreichischen Bürgerkrieges 500 Juden aus Wien eingetroffen sein. An der Warschauer Universität haben eine große Anzahl jüdischer Studenten aus Wien unterzukommen versucht. Die antisemitische polnische Studentenschaft setzt sich gegen diesen unerwünschten Zuwachs zur Wehr und hat verschärfte Maßnahmen gegen die jüdische Überfremdung der polnischen Hochschulen gefordert.

Unver-
züglich müssen Neubestellungen auf unser „Offland“ für den Monat März aufgegeben werden. Bei später errolgenden Bestellungen ist ein Sondergebühren von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugsspr. für 1 Monat beträgt 0,50 Wl. (ohne Zustellungsgeb.).

Der polnische Aufstand in Posen.

(30. Fortsetzung.)

Von Hermann Pilchke.

In früher Stunde.

Nachdem das Gewehrfeuer sich gelöst hatte, belebten sich auch die Plätze und Straßen wieder. Die Stadt hatte plötzlich einen ungemein kriegerischen Anblick bekommen. Starke Patrouillen zogen unaufhaltsam in den Straßen auf und ab. Kraftwagen mit aufgestellten Maschinengewehr und Infanterieposten mit gelobtem Gewehr führen zum Schuß fertig durch die Straßen, oft von lautem Beifall begrüßt. Fahrzeuge, mit Waffen beladen, liefen in den Straßen und gaben Woffen aus.

Es formierten sich auch sofort Patrouillen in Zöhl, die aus launigen Umkleen die Rolle militärischer Patrouillen aufnahmen. Später dieser Aufmachung sah es allerdings einiger kriegerisch aus. Im Bazar war ein Bankett von 120 Gedecken bereitgestellt. Ein Teil der Plätze blieb allerdings leer. Es fehlte z. B. Daberszinski und Frau. Sie hatten sich in die hinteren Räume des Bazar umquartiert und zogen vor, nicht zu kommen. Der Oberst Wade war erschienen und ließ auch eine kurze Ansprache gehalten haben. In der Stadt hatten, wie ich als Gesellschafter auszugehen bis in die Einzelhöfen erfahren konnte, polnische Wierer, wie Paris, und Kreisbesamstände eine offene Kasse eingerichtet, um der polnische Soldaten und auch Zivilisten, die Waffen trugen, frei mit Speise und Trank zu bewirtschaften. Das erregte die begeisterte Stimmung, die oft überzuläufig drohte. Das ging bis zum Mitternacht. Man oft und trank und ging in Dienste des Vaterlandes auf Fähring aus. Jeder Verdächtige wurde angehalten und auf Waffen untersucht, wobei dann gewöhnlich Geld und Geldeswert abgenommen wurde und auf Zimmerüberlebens verurteilt. Man, es scheuten sich die Polen nicht, auch Wohnungen zu durchsuchen. Auch dabei wanderte vieles mit, namentlich aber Geld. Polnische Familien fielen klagbar gemordet, wenn sie die Täter namentlich ausweisen konnten. Die Deutschen schwanden, da sie Raubtelle befürchteten.

Am nächsten Tage wurde mit aller Ausführlichkeit berichtet, daß in der Nacht ein Trupp von 1000 Grenzschützen mit der Bahn angefahren seien. Sie nähen aber von der Bahnhofsmaße mit Maschinengewehr demachen begrüßt worden, daß sie sich sofort ergaben. Nach Abnahme der Waffen wären sie dann wieder nach Berlin zurückgeführt worden. Wichtige Erklärungen haben sich in den nächsten Tagen wiederholt. Auch Rücksicht nicht lie als, Katerleben auf und schließt daran seine böhmischen Bemerkungen. Das alles bekräftigt aber nicht ihre Glaubwürdigkeit. Die Freudigkeit, mit der die Erklärungen in unendlicher Fortdichtung wie ein Bericht von einer gewonnenen Schlacht immer wieder weitergetragen wurden, machte mißtraulich. Tatsächlich wurden die polnischen Wachen in vierer Mann durch laute Knalle auf dem Bahnhof einige Male alarmiert. Nach der späteren Angabe von Eisenbahnern trüben sie aber von Zankowitsch, die in anschließender Entfernung von dem Bahnhofsgebäude zur Warnung vor der Gefahr für die einsehenden Züge von deutschen Eisenbahnern auf die Schienen gelegt worden waren.

Veränderte Lage am 28. Dezember.

Am Morgen des 28. Dezember früh nach einer verstorbenen Nacht ging ich 7½ Uhr zum evangelischen Vereinsbaule am Berliner Court. Dort sollte im Saale eine Lehrerversammlung stattfinden. Eben waren die Frühlinge eingelaufen. Es lörmte vom Bahnhof. Es mußte jedem Ortskundigen auffallen, wie groß die Massen junger Leute waren, die in die Stadt drängten. Die Polen zogen ihre Referenzen ein, um die Militärmacht in der Stadt auszubauen. Auf der Bahnhofsbrücke ein starkes Aufgehoben polnischer Soldaten, die von jedem Deutschen den Anzeiger anforderten und prüfungslos und konnten auf den ersten Blick die jungen hienau als polnische vom Lande erkennen. Auch verriet ihr polnischer Dialekt, daß sie nicht aus der Stadt Polen waren. Im Saale des evangelischen Vereinsbaules angekommen, löste eine polnische Wache die Versammlung auf. Wir mußten das Haus verlassen. Ich ging die Stadt herunter bis zum Alten Markt. Sie war wie verödet, unordentlich, überhäufig. Es waren fast nur Polen auf den Straßen. Das Thema, das die Deutschen gelassen Daberszinski haben erscheinen wollen, wurde laut und sehr erregt verhandelt. Ich sah das verfallene Haus Ede Ritterstraße. Vor dem Bazar standen vier Geschäfte. Am Hotel de Rome waren Geschloßposten. Im Bazar fehlte im ersten Stockwerk an dem linken Seitenfenster die linke Scheibe in der untersten Reihe. Nur eine einzige Splitter waren nicht zu sehen. Auf dem Alten Markt traf ich eine starke Patrouille. Es mochte neun Uhr gewesen sein. Ich ging denselben Weg zurück und sah mit Verwunderung eine Reihe von Geschloßschloßlagen an Friedensbrümmung und machte eine Reihe von Beobachtungen über die ich weiter unten im Zusammenhang berichten werde. Durch die Kasernestraße und die Wittlingstraße kam ich zurück in mein Haus in der Dolener Straße. In der Stadt, nach dem Kernwerk zu, in Richtung Caporus, fielen wiederum einzelne Schiffe. In unserem Stadtbezirk beschränkte sich der Verkehr auf das Rotenbühl.

Gegen Mittag wollte ich zur Erlebigung der Geschäfte auf die Druckerei in der Tiergartenstraße gehen. Da fielen in unmittelbarer Nähe Schiffe aus einem Maschinengewehr. Auf dem hohen Damm des Bahngeländes, wo die Unterführung der Dolener Straße und die Buddelstraße aufnahm, stand ein Posten von mehreren Mann mit

einem Maschinengewehr, das die Straße betriebl. Hier lag die Landesversicherung, eine Siebung von Beamten und das große Beamtenhaus zwischen Dolener Straße und Sellungsstraße mit 89 Wohnungen. Zu ihrer Bewachung und Wiederholung schien der Posten aufgestellt zu sein. Ich verfuhr ein zweites Mal über die Straße zu kommen. Die Schiffe takteten wieder, und das Pfeifen der Geschosse und Einschläge vor mir zeigten, daß es ernst wäre. Ich ging zurück und blieb im Hause.

Hausdurchsuchungen, Morde und Überfälle.

In diesem Zuge schloß sich die Befehle fast alle öffentlichen Stellen in der Stadt und naheren Umgebung, und dazu wurden die Deutschen mobilisiert gemocht.

Sehen am Morgen früh hatten in einzelnen Stadtteilen Hausdurchsuchungen nach Waffen eingesetzt. Natürlich nur bei Deutschen und Juden. Gewöhnlich wurde ein Teil der Straße plötzlich abgesperrt, dann durchstöberten zahlreiche Kommandos die einzelnen Wohnungen. Alles, was an Waffen gefunden wurde, ging mit. Von dem kleinen Caféentreoler bis zu der Jagdhütte, vom Seitengewehr bis zu Schmuckkoffen. Natürlich wurde auch reichlich gelassen. Bei jeder einer Hausdurchsuchung kam ein jüdischer Kaufmann, Mißbels in der Gerberstraße und Krieger in der Hauptstraße, mit dem Hausbesitzer wegen. Bei dem Durchsuchen der Kommode entwandten die Soldaten der Frau die goldene Uhr. Eben waren sie herausgegangen, als der Mann nach Hause kam. Er ging ihnen nach und verlangte die Uhr wieder. Da wurde er kurzbarnd durch einen Strinshof niedergestreckt. Damit nicht genug wurde die Krouerfeier auf das roheste geführt und der Sarg mit Rot beworfen. Es wurde Sitte, die Deutschen, wo sie allein gingen oder deutsch sprachen, anzupöbeln, anzuspüren, sie zu schlagen oder mit Steinen zu bewerfen. Das übte man vom Kinde bis zum Greise. Die Kinder wurden fortan anständig zu Hause gehalten, und jedermann beschränkte seinen Ausgang auf das Rotenbühl. Der Ruf: „Nach Brandenburg auf Heiligensposten!“ schallte Tag für Tag die Straßen entlang. Zu Hunderten fanden Hausdurchsuchungen in allen Stadtteilen statt. In meiner Nähe bewachte z. B. der Oberbürgermeister Wilms seine Villa. Er war am 2. Feiertage zurückgekehrt, um Geschäfte zu ordnen. Bei ihm drangen einige Soldaten und ein bewaffneter Zivilist in die Wohnung ein, durchsuchten das Haus nach Waffen und nahmen seine Jagdmusketen mit. Nachmittags wurden er und seine Frau im Friedensmuseum zur Vernehmung vorgeführt. Dort konnten sie beobachten, wie Berge von Uniformen verpackt wurden. Die aus der Provinz zurückkehrenden Mannschaften wurden eingekleidet. Im Abend wurde in seine Wohnung geschossen, in dem Augenblicke, als die Frau Oberbürgermeisterin an dem Fenster beschäftigt war. Der Schuß war ein Polr, der mit Begleitung vorüberging. Das Fenster des Schlafzimmers wurde zertrümmert, glühendrot aber die Frau nicht verunmündet. In das Gemischaub der St. Paulikirche wurde nach dem Konfiszorialat Stammer gelassen. Der Schuß kam von der polnischen Wache her und ging hart am Kopf Stammer vorbei. Ich habe mit Stellung und Einschlag von ihm selber zeigen lassen. Nach dem Schuß lörmte die Wache in die Stube und verlangte zu wissen, wer geschossen habe, dabei wanderte eine Kaffeete des Pfarrers Stabinsium mit 8000 M. auf Zimmerüberlebens mit. In der Viktorienstraße wurde eine meiner Schwestern Duodier, deren Eltern verstorben waren, von einem polnischen Soldaten, den das polnische Mädchen eingelassen hatte, ermordet und dann bestohlen. Das sind einige Beispiele für die.

Weiteres Kriegstheater.

Auch das Kriegstheater nahm vom Vormittage an seinen Fortgang. An irgendeiner Stelle verarmte ich plötzlich eine Anzahl polnischer Soldaten und begannen plötzlich ein Feuer nach einem bestimmter Ziele. Mal war es die Synagoge, mal irgendein moanigebäude, mal die Regierung, mal ein Prinaubaus, mal überhaupt irgendein Gebäude, oder man schloß die Straße entlang, wie in der Ritterstraße, wenn die Gelegenheit günstig und die Straße frei war. Natürlich absichtlich zu hoch. Auch dafür einige Beispiele:

In der Caubenstraße und am Neuen Markt lag das Oberpräsidium und die Regierung. Beide waren in dem Gebäude eines Jesuitenkollektors untergebracht, das im Bireck um einen geräumigen Hof lag. In ihm gab es nur einen Eingang von der Caubenstraße her. Der Eingang durch die Pfortkette war stets verschlossen. An dem Coringang lag mit Eingang vom Hofe aus ein Polizeirevier. „Dochlich war eine Anzahl Soldaten, gegen hundert, da und tiefen in polnischer und deutscher Sprache: „Hier ist geschossen. Wer hat geschossen?“ und liefen weiter mit, gegen die Polizei. Sie suchten in den Schloßhof zu kommen. Die Polizisten aberriegelten den Eingang ab. Es gab darum einen harten Kampf, der aber beendet wurde, als die polnischen Matrosen von der Koffstraße her über die Gartenmauer in den Garten sprangen und durch die Hauszür und den Turm des Oberpräsidiums in den Hof gelangten. Von zwei Seiten umstellt, mußten sich die Polizisten ergeben. Die Regierung wurde nun scheinbar nach Waffen durchsucht und endgültig befest. Die Polizei wurde entzweifelt. Die Wache war von jetzt ab in polnischer Hand.

Die gottvergessene Grenze.

Wo liegt die gottvergessene Grenze? — Jetzt, fern im deutschen Osten jenseits Herbst und Weihnachts, den Herbst der dort jeder jede Hoffnung raubte, und dem Weihnachts, das wiederum die Hoffnung auf Frieden und Freude auch jenem Streifen Erde bringen soll. Reichsbauführer, dem mitunter schon Ostpreußen ein ferner Begriff ist, Kulturbauführer, dem mitunter schon die Grenzstadt als notwendigste über erscheint, bitte, nimm Hut, Mantel und Wanderstock und begleite mich im Zickzack über jene gottvergessene altfränkische Grenze jenseits Eitauen und dem ihm ausgesetzten Memelland, um erneut auf den Gemarkung dessen zu kommen, was mir hier so überreizt besitzen und selbst dort unter deutschen Wäldern und Schwefeln an und hinter der ganzen Ostgrenze auch für uns so bitter kämpfen müßten!

Unentfesselt gähnt der Grenzpfähle ohne rechten Wald und Fägel, ohne rechte Ebene und Cirkulation, überall grünte schon der Sektakraz (d. h. „jenseits des Allen“) mit ersten Stämmenflächchen herzer und die dann vollends ostpreussische Ecke ängstlich sich schon vor dem ersten schwanen Berkeht erlost. Kreuz und quer zerstreut Eitauen selber das Land mit eingestreuten Wäldchen, Sträuchern und vereinzelten Bäumen wie übriggefallene Anhaltsschächchen in ausgepörrten Schiffein. Da weiter Grenzrunde kein geschlossen- oder gar regelmäßiges Dorf, nur enger oder weiter zerstreute Höfe, wie sie von den deutschen Siedlern und litauischen „Gastlingen“ mehr durch Zufall als durch planmäßige Arbeit in der Grenzzone eingeleitet wurden. Stöße, Klinken, einmal ganz Gärtenpausen, einmal jedoch dann noch ohne Folgen. Hier kann man aber als letzte verorten.

Wir können uns des Einbruchs nicht verwehren, als liege das Land nicht nur gleichgültig, sondern auch jener resigniert da, als wolle es nicht und klagend: „Mir ist es auch einleider geworden, wer auf mir trampelt!“ Oder sagt das nur unter Bewußtsein vom Schicksal des sonst überall so eigentümlich schönen Memellandes? Denn wer seinen Fuß zum Segen oder zum Fluch auf das Land setzt, weiß ja nicht nur die Geschichte, sondern dort jedes Kind. Doch nein. Die rote Grenzland ja kein „Binnenländer ja ganz bescheid, diese Grenzmat und Grenzgerangelheit vertritt schon das flammende Land.“

Und die Grenze? Der Graben und Weg, die dort einst Deutschland und Rußland (Europa und Asien) trennten, hat nun verwittert, geöffnet, die Grenzlokale des Wätersdars Gra vornehmenden, die Wäldchenbrücken zerfallen oder geflohen, und nur mit Lebensgefahr zu überschreiten. Zur eis oder eiserner Grenzpfahl liegt noch in der gottvergessenen Ecke. Er zeigt noch beide alten verwitterten Särben und Reichsboiler, deren dauerhafte friedliche Nachbarschaft gemäß, für beide das selbe

gemein wäre. Nun haben beide die einilige Grenze verloren — und dennoch behält sie. Der Grenzpfahl, zu tief in dem Boden und die Geschichte eingegraben, läßt sich nicht im Hundstunde umwerfen oder auch weghehlen; dann er stand ein halbes Jahrtausend! Mein Gott, ist das hüben und drüben ein ihm sichtbar Unterchied!

Drüben im altfränkischen Eitauen jenseits Wohnhaus ohne Schornstein und ohne Pfannendach mit roten Lehm- und Holzpfänden; fast nirgends ein Garten- oder Weidenpaus; die kümmerliche Herbstfaat ohne Dingerkraft; die Felderchen ohne jede Spur von Menschekultur, ohne Ausgleich ihrer milden Sträucher, Vöcker, Säume; kleines, zusammengepacktes Vieh; nur wilde Wege und nicht einmal Anzüge zu geschlossenen Dörfern; keine Schule, Kirche, Chaussee oder Wägen in der ganzen Kunde; und begegnen wir einem Samojeten, ja müßen wir glauben, einen Haisboalen vor uns zu sehen. „Rur kein Gürtel mit dem Rospfellschiff „Gott mit uns“ erinnert uns wieder an die enge deutsche Kulturzone.“

Dagegen dieselste jener Grenze, selbst in dem gottvergessenen Winkel des Memellandes, übermäßig Pfannendächer, Stein- und Ziegelmauern, solide Neubauten, u. a. ein schmuckes Haus in niederländischem Stil hat an der Grenze; jedes Ackerflecken in Volkshauskultur und Dingerkraft; tadellose Weidenpaus und überall gleichmäßig gutes Herdbudhoib; hier summt eine Lokomobile, dort mündelns ein Gipswerk; hier minkt eine deutsche Schule, und wenn wir auf den nächsten Grenzbaum steigen, sehen wir nicht einmal eine deutsche Kirche, Chaussee oder Wägen.

Wir hätten es liebster und bequamer gehabt, die schöneren und reichereren Stellen des deutschen Memellandes mit dem altfränkischen Eitauen zu vergleichen. Aber gerade diese gottvergessene Grenzzone im Herbstregen zeigt schon deutlich genug den klopfenden Unterchied, die Kluft zwischen zwei Welten.

Wir wandern auf der gottvergessenen Grenze in die östliche Zammerung hinein. Jenseits zwei Welten können wir nicht verorten. Rur nach einem eingemauerten postkarbenen Rückwege irren wir noch umher. Der kleinste fetter im Südwesten ein Speller Schein am Horizont auf: das glänzendste Lichtmeer unserer Zeit nochhöchster Grenzstadt Elst. Man sieht jenseits wohl noch in jeder Stadt mit Recht oder Unrecht über ja schwarz beleuchtete Straßen. Dort an jener gottvergessenen Grenze gibt uns schon der noch meiste Schein des deutschen Kulturfortschritts die einzige Nüchtigung; und unteren Wäldchenlinie folgt schon die trübsale Nacht, als aus dem Dunkel die Galtstätte des deutschen Kulturfortschritts wieder vor uns auftaucht und ihr helles Geulter uns erfüllt an den normen Offen rauf. Alfred Katschinski.

Grenzmark Posen-Westpreußen im Volksmunde.

Wie in allen Gegenden Deutschlands, so gibt es auch im Gebiet der heutigen Grenzmark „Posen-Westpreußen“ eine Reihe sprachwörtlicher Nebenwendungen über einzelne Orte und ihre Bewohner, die der Volksmund im Laufe der Zeit geformt hat und in denen meist in trefflicher Kürze besondere Eigenschaften oder Eigenarten der betreffenden Städte und Dörfer charakterisiert werden. Es dürfte vielleicht nicht unangekündigt sein, die Ausprüche einmal systematisch zu sammeln; sie gehen ja meist auf ganz bestimmte historische Hintergründe zurück, sofern sie nicht aus landesherrlichen Befehlsurteilen oder aus der leidigen Rechts- ihren Ursprung haben, die den lieben Nachbarn möglichst etwas Päderliches anhängt. So nehmen denn die Sportlerse eine beträchtlichen Raum ein, manchmal in recht greber Fassung, lo daß ihre Anwendung mehrmals häufig ja handgrifflichen Auseinanderbesprechungen geschieht hat oder auch immer wieder führen wird. Manche Nebenwendungen kehren auch in den verschiedensten Gegenden wieder, z. B. wenn es sich um die Charakterisierung eines großen Menschengebilds handelt wie in dem im Deutschen allgemein bekannten geflügelten Wort: „Es geht ja wie auf dem Prager Faltmarkt!“ (dort wurden früher besonders Schwärze und Herbeigkeit der Waren, die dort verkauft, in dem z. B. eine Parallele lautet: „Ein Gedränge wie auf dem Flotener Mietsmarkt“ (Gefühlsmarkt zu Martini) oder auch „Ein Döber wie auf dem Jaltzower Pferdemarkt.“ — Auch in Abhängigkeiten oder Schafflichkeiten mit bei verschiedenen Abmählungen kommen die Namen der Nachbarorte vor, wie etwa Pörsang:

„Hais, Rindke, Hais —
„Dei (Vöbel) liht u. m. Boje
Raboln liht in em Grund,
Schlaup, ma Rind, u. blem gefuht.“

Die mundartlich gefärbten Fassungen sind naturgemäß überhaupit die teipvollsten; bei ihnen verliert auch jede, lo gern geübte „Besheit an Schärfe. Gerade so aber bemerken auch am meisten die starke schmerzliche Kraft des Volksmundes, die heute leider durch die immer stärker werdende Überfremdung und das plötzliche Vandes immer mehr verliert. Es ist jam sehr oft, seltes Kulturgut, das wie vieles andere unüberbringlich verlorengeht.

Da der Platz hier nicht reicht, um alles bereits gesammelte Material zu veröffentlichen, sei nur eine Auswahl niedergegeben, geordnet nach einer Wanderung von Nord nach Süd, von Schlochau bis Braunsdorf. Mit Vergnügen und hoffentlich ohne Bitterkeit wird mancher von den Besonderheiten gerade seines Wohnortes und sich doch vielleicht auch noch anderer ähnlicher und fast derselben frühmündlicher Nebenarten erinnern.

„Das klingt als im Peterkauk Polais“, sagt man im Kreise Schlochau bei gutem Erntel Gelingen und Glück, weil im Peterkauk Schloß, einem alten Herrschaft, heute die gefestigt wurde, bei denen der Sage nach auch der Böse seine Saub in Spiele gebracht haben sollte. Anzüglichler ist schon die Wendung: „Hier ist ein Betrieb wie auf dem Dötkenbaken Dahnhof“, weil der zu Fötenstein gebörende Abbau Dötken überhaupt kammer Dahnhof hat. Ähnlich heißt es von dem Nachbarort Zammer, der ganz ohne Kirche ist: „Es ist lo still wie in der Dommerischen Kirche.“ Und „die Fötenstein, da geht der Juds auf Reisen.“ Warum? Da weiß man nicht mehr, aber in einzelnen Fällen gibt es sogar noch Bilder, die das Sprichwort veranschaulichen. Das kleine Dorf Riefesam, bort an der jetzigen Grenze, muß ebenfalls zu einer ironischen Bemerkung erhalten: „War er Soldat? — Jo, in der Fassung Riefesam bei der Pampel“ jagte man früher vor jemand, der sie Soldat war.

Eine geschichtliche Erinnerung ruft eine im Flotener Kreise übliche Nebenwendung nach, die gebraucht wird, wenn jemand eine mißgünstige oder gefährliche Fahrt macht. „Er fährt wie die Flotener nach Stöber.“ Was ist die Flotener Flotener, denn? Es ist die konfessionellen Verfolgungen heimlich zum evangelischen Gottesdienst nach Stöberborn in Pommern pilgeren. Weniger ehrenvoll kommt dagegen Krotzke weg, denn die dortigen Juden waren früher bekannt, daß sie lie auf einen Einpänner Jeds bis acht Jahrzehnte lebten, die mit großem Geschrei meilens scharen Erab gelöhren wurden. Darum heißt es heute: „Woll wie eine Krotzker Jahre“, die man übrigens auch, „ne leute Rühli“ von Juden“ nennt. Und außerdem denn die Krotzker heute noch den Spitznamen „Bades“, denn „in Krotzker gibt's jeds Schlochau für einen Schler.“ Einen wenig guten Ruf muß auch der Dr.-Friedländer gehabt haben, weil man „ausruiken wie die (Preuß-) Friedländer Sandhaken“ zu Jagt pflegte. Und wiederum eine geschichtliche Unterlage hat das Wort: „Sich zum Lauf führen wie Wäber nach Grolsch“, denn Friedrich der Große verabschiedete Wäber durch einen Wandermarkt, daß er sich zum Esel führen könne, worauf Wäber die Domänen Grolsch und Stöben bei Flotow packte.

Sehr wenig beliebt muß schon immer Schneidemühl, jedsche Provinzialhauptstadt, gewesen sein, denn Nebenungen wie „Schneidemühl — Dötemühl“ oder „Schneidemühl, auch nicht viel“ sind sehr gebräuchlich und die Schneidemühler waren angeblich als Pferdebedie und Gauner berüchtigt, und darum jagte man: „Gereifen wie ein Schneidemühler Spühwe“ oder, wenn etwas vernicht wurde, was wohl geflohen sein konnte: „Suht nur in Schneidemühl auf dem Stödtberg!“

Ähnlich soll es aber auch in Schloppe und Schönlanke geheißen haben, auf das im übrigen je nach Wohl der Reim: „Schönlanke, zu

ih dankel" oder „Schönlanke, herrlicher Gedanke!“ angewendet wurde. Sait man im Stalower Lande „Dickschädelig mit die Carnotker Peiter (Peiter), lo heist es im Rehkeiser, „Groß wie ein Sträbuhner Baum.“ Und da Sträbuhner heißt ein Schönlanke liegt, hieß es dort bei Sonnenuntergang immer: „Jetzt ziehn die Sträbuhner die Sonne des herunter“, oder auch wurde bei Regenwetter, das ja vorwiegend aus herunter“, oder auch wurde bei Regenwetter, das ja vorwiegend aus herunter“, oder auch wurde bei Regenwetter, das ja vorwiegend aus herunter“,

Welten kommt, behauptet, daß es die Sträbuhner gestickt hätten. Recht beschaff ist wiederum ein Bierseiler, der sich mit einigen Orten des Kreises Deutsch-Krone beschäftigt:
 „An Krone ist Krone —
 In der Wellstich Tisch —
 Da wimmelt's da blüht's.“

Recht eigentümlich geht es nach dem Volksmüß auch im Nordteil des Kreises zu, dann „An Rederich und Trisefien, da tunen die Leute auf der Uederung“. Am empfindlichsten aber sind im Kroner Kreise die Leute von Schörs, wenn es heißt: „An Schörs merden Gewitter verloben.“ In diesem Falle ist einer an der für ihn harmlosen Wendung offensichtlich von der Bevölkerung ein besodderer Sinn unterteilt worden.

Und doch beruht das ganze nur auf einer durchaus treffenden Wetterbeobachtung, denn die beiden Hauptphasen für Gewitter gehen nordwestlich und östlich an Schörs vorbei; es ergibt sich aber die eigentümliche Tatsache, daß gerade in der Schörsen Gegend infolge der besonderen Geländegealtung häufig abliegende Luftströme vorkommen, die dann die Gewitter aufhalten, ablenken oder ganz verteilen, also sozusagen „verloben“. Einem der beiden Beispiele dafür, wie stark die Beobachtung von Wettervorgängen in die Sprache des Volkes eingibt, so daß solche Wendungen schließlich gänzlich ihre ursprüngliche Bedeutung verlieren und einen ganz anderen Sinn und Ausdruck erhalten.

Aber nicht nur nördlich der Arde war der wahre Volksmund geschäftig. Et fornte auch im Süden unserer Grenzmark Polen-Weßpreußen seine merkwürdigen Reimerlein, wie etwa: „An Verste trinkt man

den Brauntwein aus der Pleische (röhren Kaffe)“ oder „An Homst kriegt man die Prigel (menschlich) wohlfeillich besorgen, weil die Bomfer händig wegen der weißelhaften Güte des von ihnen erzeugten Weines — „Sauer wie Bomster Wein“ — gebührlt wurden und dann gleich kräftig dreinschlügen. Eine Art Abdruckform ist die folgende Zusammenfassung von vier ganz besonders weitentfernten Orten im Kreise Weßst darzustellen:

„Wille, Schwannin, Kreuz und Raben,
 Gott dechit' der Cepperbuden!“

Auf einen eigentümlichen Zustand in der Seefolge, wie er noch Ende des vorigen Jahrhunderts in der Stadt Brüg im Kreise Mersich be-standen hat, geht der Satz zurück: „Brüg hat einen evangelischen Pfarrer und keine evangelische Kirche, eine katholische Kirche und keinen katholischen Pfarrer, eine Synagoge und keine Juden.“

Eine heute noch erkennbare V�nderheit unserer jüdischen Kreisstadt Krautland liegt die vielen Windmühlen, von denen es primärwörtlich heißt: „Stoß auf seine Mühlen darf sich Stroublät fühlen“, übrigens ein Reim, der dieselbe auch auf andere Städte in anderen Gegenden angewandt wurde. Daß es auch im Kreise Krautland beschosste Radbarn gibt, beweist die folgende überhoftige Charakterisierung eines dortigen großen Radbarns nahe der jehigen Reimsgrube:

„An Ulberdorff, da kloppert der Stroß,
 Da tanzt die Flus —
 Da hoppt der Pösch vom Senler 'haus“.

Gewiß gibt es noch viel, viel mehr dergleichen Redensarten, und es wäre wohl sehr interessant, wenn einmal eine systematische Sammlung erfolgen würde, die nach den verschiedenen Sehenswürdigkeiten ausgemertert werden könnte und wohl auch nach Möglichkeit das noch aufzubringende Gut auch aus den anderen Teilen des alten Posen und Westpreußen berücksichtigen müßte.

Dr. E. Murawski.

Buchbesprechungen.

„Den Ostland woll'n wir reiten.“ Ein Liederbuch für den deutschen Osten auf neue Weise im Zwielagejahr eingerichtet und herausgegeben von E. Laus und R. Ber. E. Simon, Stettin, Königsplatz 4. Kleinstakt 80 Seiten, in Hartpappekal mit Verzierungen 1 RM. — Das vorliegende Liederbuch, das im Verlaufe des Landesverbandes „Pommern das VDO aufgenommen ist, löst die Aufgabe, die der Musik gestellt ist, in beispielgebender Weise nicht nur unterhaltend und lehrerfreundlich, sondern auch erzieherlich und ethisch zu wirken. Die Auswahl der Lieder hebt in einem durchaus lebendigen Verhältnis zu allen Erscheinungsformen des wirklichen Lebens. Inhaltlich weisen die Lieder die bewußte Abkehr von allen Halbheiten und romantischen Gefühlsreizungen und die Rückkehr zu einer wahrhaften, durch Jahrhunderte bedürftigen Volkskultur. Die neue Art der Bearbeitung, die die meiste Stimme in lebendiger melodiöser Gesangsbezugung auch über die erste hinausgehen läßt, gibt dem gemeinsten Singer einen neuen Reiz. Es sind nicht nur abendliche, sondern auch Lieder, die aus anderen Teilen des Reiches übernommen wurden, in dieser Sammlung aufgenommen worden. Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß auch diese Lieder im deutschen Ostland ihren Geist und ihre Kraft bewahren werden, was allein schon die vielen Singwochen beweisen mögen, die der Herausgeber in den letzten Jahren in Pommern abgehalten hat. Der VDO eröffnet durch die Verbreitung dieses Buches und seiner Lieder eine kulturell wertvolle Untermauerung seiner Arbeit zur Durchbringung des Volkes mit dem Wesen des Ostens.

Zwei Wälder des Schlesiens.
 Der Roman „Flüchtlinge“ von Gerhard Menzel (Verlag Koen, Breslau, Preis 4 RM.) gibt über den Jubalt hinaus die weite Welt, dorthin, wo irgendwo alle Menschen Flüchtlinge sind: der ich selbst, oder ihrem Schicksal, ihrer Vergangenheit oder ihrer Zukunft — Menschen ohne Glaube, werden zu Flüchtlingen, Menschen, die den Glauben haben, finden bei, und Verurteilung. Das ist auch das Erleben der „Waldgeflüchtigen, die in höchster Not, solange sie dem Glauben fern sind, und die liegen, als sie zurückblieben. „An großer Not hilft keine Flugzeit, gar keine, da macht's allein der Glaube. Solange die Deutschen an Deutschland glauben, solange braucht keinem Deutschen bange zu sein!“ Gottlob, heute glauben wir an uns, an unsere Zukunft! — „An dem Waid: „Wiesel Viebe braucht der Mensch“ gibt der Dichter (im gleichen Verlag, Preis 4,50 RM.) die Lebensbeichte einer Frau, die in einer herzensarmen Gesellschaft aufgrund geht, weil sie die Liebe, die sie liebt, nicht erlangt. „Warum gehen die Menschen mit verflochtenen, verhärteten Herzen aneinander vorbei? — Kehrt um, kehrt um!“ So führt diese Frau. Was unsere große Zeit die Kraft aufbringen, auch der Vielböigkeit der Menschen unter sich Herr zu werden, zur wirklichen Liebe zu gelangen. Dann wird das Werk des Süßers, zu dem er uns viel, oduendet werden. Denn ohne Liebe kann niemand sein, kein Mensch, kein Volk, keine Zeit.

Dr. Lüdike.

Bilanz per 31. Dezember 1932.

Activa:	RM.	Passiva:	RM.
Darmatische Spar- und Darl.-Kasse	6,84	Rüdt. Darlehnszinsen aus Vorjahren	2.894,94
Rückst. d. Gesch.-Guth.	8.155,50	Darlehnszinsen 1932	1.050,00
Verlust 1932	13.971,67	Darlehen	18.149,07
	22.134,01		22.134,01

Gewinn- und Verlustrechnung.

Soll:	RM.	Haben:	RM.
Verlustvortrag aus d. Vorjahr	13.911,28	Darlehnszutr. Dribund 2 000,—	
Umlaufen 1932	635,28	Darlehnsz. Spar- und Darlehen-Kasse	2.148,71
Darlehnszinsen 1932	1.090,—	Zinsengutschrift Dribund	97,78
Abzehrung auf Rüdt. Geschäftsguthaben	1.250,—	Rüdt.gelobtes	578,50
Abzehrung des Bau-ontos	2.050,—	Fällige oder verjährte Geschäftsguthaben	180,—
	18.936,66	Verlust	13.971,67
			18.936,66

Mitgliederbewegung:

Bestand zu Beginn des Geschäftsjahres:	18 mit 18 Anteilen
Abgang im Jahre 1932	1 „ 1 „
Bestand 31. Dezember 1932	17 „ 17 Anteilen
Berlin W 30, den 13. Februar 1934	

Gemeinnützige Baugenossenschaft Landesverband Berlin-Brandenburg des Deutschen Dribundes (e. V.), e. G. m. b. H. ge3. Blume. ge3. Kattau.

Bilanz per 31. Dezember 1933.

Activa:	Passiva:
Darmatische Spar- und Darlehnskasse	1,84 RM.
Rückst. d. Gesch.-Guthaben	8.155,50
Kassenanlage	15,— RM.
Rückständige Darlehnszinsen aus Vorjahren	3.984,94
Rüdtfällige Darlehnszinsen aus 1933	1.090,—
Darlehen	18.149,07
Verlust	15.081,67
	23.299,01 RM.

Gewinn- und Verlustrechnung.

Soll:	Haben:
Darlehnszinsen 1933	1.090 RM.
Umlaufen 1933	40 „
Zuzuch vom Landesverband	20,— RM.
Verlust aus dem Vorjahre	13.971,67 RM.
Verlust 1933	15.081,67
	15.101,67 RM.

Mitgliederbewegung:

Bestand zu Beginn des Geschäftsjahres:	17 mit 17 Anteilen
Abgang im Jahre 1933	2 „ 2 „
Bestand 31. Dezember 1933	15 „ 15 Anteilen
Berlin W 30, den 13. Februar 1934	

Baugenossenschaft Landesverband Berlin-Brandenburg des Deutschen Dribundes (e. V.), e. G. m. b. H. ge3. Blume. ge3. Kattau.

5000 Berliner Studenten an die ostdeutschen Hochschulen.

Wie der Führer des Berliner Kreises der Deutschen Studentenenschaft bekannt gibt, werden von dem 13 000 Berliner Studenten in kommenden Semester 5000 Studenten an die ostdeutschen Hochschulen geschickt werden.

Familiennachrichten.

Geburten: Hermann E. u. D. Oberndorferer i. R., Betrau von 1896, 2870 71, in Zagan, Mählaru 1. H. Seifelin, Frau, Betau, am 21. 2. 31.
Verheiratet: Robert W. i. R., Halle a. d. S., Abteilr. 2, fr. Württemberg in Jägerhof bei Bromberg, am 28. 1.

Durch Generalversammlungsbefehl vom 3. u. 17. Nov. 1933 ist die Liquidation unserer Genossenschaft beschloffen worden. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich zu melden.

Liquidations-Eröffnungs-Bilanx per 20. November 1933.

Aktiva:			
I. Anlagevermögen:			
1. Anseniar	150,—	„	
2. Abschreibung	149,—	„	1,—
II. Beteiligungen b. d. Provinzialbank			2 000,—
III. Umlaufvermögen:			
1. Forderungen			
a) in Iib. Rechnung	116 513,96	„	
b) Spareinlagen-Ausst.	3,83	„	116 517,79
2. Wertpapiere			
a) 5/10 R.-Sch.-Bl. p. 28. 10. 34	1 800,—	„	
b) 5/10 R.-Sch.-Bl. v. 1933	6 000,—	„	7 800,—
3. Sondertonto b. d. Centralkasse R. G. S.			
			6 146,66
4. Postfideiutuben			1 148,21
5. Kassenbestand			836,05
IV. Reinerloft:			
Berufsvertrag aus 1932			
	35 775,09	„	
Abzühl. Verlustanteile			
	6 612,50	„	
	29 162,59	„	
Verlust 1933	2 860,—	„	32 022,59
			<u>169 472,30</u>
Passiva:			
I. Geschäftsausgaben:			
a) der verbleibenden Mitglieder			24 200,—
II. Mittelstellungen und Wertberichtigungsposten.			
Mittelstellungstonto R. G. S.			77 549,47
III. Verbindlichkeiten:			
1. Einlagen			
a) Spareinlagen	56 796,81	„	
b) Einlagen in Iib. Rechg.	5 427,96	„	62 223,77
2. Angenommene Gelder			
a) Buchtreib (b. d. Kron-Bank)			1 488,71
3. Sonstige Verbindlichkeiten			
Provinzialverband			1 010,35
			<u>169 472,30</u>

Mitgliederbewegung:

Anfang 1933	302 Mitglieder mit 484 Geschäftsanteilen.
Zugang	—
Abgang	—
Ende 1933 (30. 11.)	302 Mitglieder mit 484 Geschäftsanteilen

Berlin, den 17. Februar 1934.

Ditnärtliche Spar- und Darlehnskass^e e. G. m. b. H. i. L. in Berlin.
Die Liquidatoren: gez. Blume gez. Kattau.

Aufbaukredit für Grenz- u. Auslandsdeutsche G. m. b. H.

Berlin W. 30, Mlogtstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9081.

Verwertung von 6% Reichsschuldbuchforderungen durch Verkauf und Beleihung
Vermittlung von Versicherungen j. Art
Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditangelegenheiten
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Vom oberstehtleichen Wirtschaftsaufbau.

Die Vereinigte Oberstehtleiche Hüttenwerke A.-G. in Gleinitz hat ihre erste Halbjahresrechnung vorgelegt. Die Hüttenwerke A.-G. in Gleinitz ist die erste Hüttenwerke, die mit dem Entschluß zur Betriebsaufnahme des Betriebes ist nicht nur ein weiterer Schritt zur Arbeitsbeschaffung getan, sondern es wird mit der Maßnahme auch einem Bedürfnis und Wünschen Rechnung getragen, die aus Kreisen der Verbraucher und des Handels in letzter Zeit an die Gesellschaft gelangt sind. Der in Schließung ankommende Bedarf an Viehwaren aller Art kann somit künftig von diesem oberstehtleichen Unternehmen gedeckt werden.

Glänzende Existenzen!

Anzahlung RM.

Ölmärker Profissofsreit	Glänzende Existenzen!	Anzahlung RM.
Villa mit oder ohne Nebenhau ^s i. bedeut. Kurort u. d. Ostsee. Herborragend geeignet auch zur Einrichtung als Kinderheim)		25 000
Wohn- u. Geschäftshaus in württ. Schwarzwald. (Günst. Gelegenheit zur Existenzgründung f. Textil-, Holz- oder Bijouteriekaufmann)		16 700
Landwirtschaft b. Wittstock (Dofse), 97 Morgen Grundfläche, Wohnhaus, Scheune, Stallgebäude, Wagenchuppen, ohne Anseniar		5 000
Hotelgrundstück i. Industrieland Ostbaltens, 24 Fremdenzimmer, Wohnräume, reichl. Gartenträume, Geschäftszimmer usw.		20 000
Hotelgrundstück in Seiffen u. Oranienburg i. Sächsen. Darmstadt postchen Darmstadt u. Heideberg gelegen. Als Ferien- u. Erholungsheim f. Industriekonzerne geeignet	n. Vereinb.	
Villengrundstück b. Altona. Villa: 12 Zimmer, Nebengebäude: 4 Zimm., Garagenhaus; i. Park: 1 Gartenhaus (Holzbau)		30 000
Geschäftsgrundstück (Spezialgeschäft f. Kaffee, Tee, Kakao, Weine und Spirituosen) in Goldberg (Schlesien)		16—17 000
Hausgrundstück in Raffte, Konditorei, Speisewirtschaft i. Nordbayern, Oberfr.		16 000
Berkau ^s d. Hof u. verpachtet. Sägewerk m. Zimmereiwerkstatt i. Südböhmen.		15 000
Hausgrundstück i. Wilhelmsl. i. Bad Pilsener (auch für Nichtarist.)		15 000
Vandhaus i. Niesengeb. Als Ruhesitz und Fremdenpension i. Sommer u. Winter gleich geeignet		20 000
Kaffeefelgehäude b. Jollen. Wohnhaus, Garagenhaus, Hünerhof		10 000
Mühlengrundstück b. Malchin (Merckeb.), Mühlengebäude, Nebengebäude, Wohnhaus		15 000
Ein- bis Zweifamilien-Villa i. d. bekannten Luftkurort b. Berlin		18 000
Villa i. bek. u. bevorzugt. Kurort n. Berlin. Villa: 5 Zimmer, Wirtschaftsgebäude: 2 Zimm., Wolküche, Garage	n. Vereinb.	
Vandhaus-Villa i. d. Sächsischen Vaulth		15 000
Verkauf. oder zu verpachten Café-Restaurant i. Frankfurt a. M., m. eigener Konditorei, kaltes Büfett, Bierhänke, Speise-Restaur. u. Jagerrenkiosk. Mit oder ohne Grundstück in ganzen oder geteilt verkäuf. Glänzende Existenz	n. Vereinb.	
Vermietbare Einfamilienvilla i. Vandhausl. u. d. Peripherie d. süblichen Haupt- u. Nebenzustadt Dresden. 3 Schlafzimmer, 3 B. d. 300 RM. + 49 RM. monatl. Mietzinssteuer.		
Lebervarenfabrik i. d. Niederlausitz, Nähe Rothbus. Selbstschäftiger Betrieb. Verrechnungsnachweise zur Anfertigung v. Lebervaren f. Reichszeugmeisterei		55 000
Wohn- u. Geschäftsgedh. b. Hirschberg (Niesengeb.) Wohnhaus i. Zentrum d. Stadt Dresden. Herborragend geeignet, auch als Vogerhaus f. Industrie- u. Handelsfirma	n. Vereinb.	
Restaurat-Gedh. m. Kolonialwarenhandl. b. Finckenwalde. Für Nationalsozialisten		10 000
Vandwirtschaft, nahe Stettin. Wohnhaus: 7 Zimm., Stallgebäude, Scheune, 4 Arbeiterwohnhäuser für 9 Familien		27 500
Herrnau ^s i. einer eben. Thür, Neßienstadt. Arbeitertoucheu Meisterwerk. Gezeigt f. Arzt m. Klinik, Erholungsheim, Altersheim usw.	n. Vereinb.	
Bild-Projekte kopieren ^s durch:		

Koch & Co., Berlin W 35, Dörnerstr. 1, Tel.: B 2 Lütrow 5933